

Schweizerzeit

Bürgerlich-konservatives Magazin für Unabhängigkeit, Föderalismus und Freiheit

«**Ja** zur Schweiz»

Heute mit 28 Seiten

Was hat die Schweiz davon?

2

Schluss mit der ruinösen Lockdown-Politik!

11

Ein milliardenteurer Unsinn

15

Evang.-ref. Pauluskirche von Basel
Bild: Barbara Steinemann, Watt b. Regensdorf ZH



Bald 100 Milliarden Franken Entwicklungshilfe

Was hat die Schweiz davon?

von Hans Kaufmann, ehem. Nationalrat, lic. oec. publ., Wettswil ZH

In seiner Antwort auf eine Anfrage von Nationalrat Andreas Glarner bezifferte der Bundesrat die Aufwendungen der Schweiz für die Entwicklungshilfe in den Jahren 1960–2015 auf sage und schreibe 69,5 Milliarden Franken.



Der kumulierte Gesamtaufwand des Bundes für die internationale Zusammenarbeit (IZA) im Zeitraum 1960 bis 2015 entspreche ungefähr dem Aufwand für die Grundlagenforschung oder 52 Prozent der Ausgaben für Landwirtschaft und Ernährung oder 38 Prozent der Ausgaben für die Armee.

Mit diesen Vergleichen versuchte der Bundesrat, die Entwicklungshilfen kleinzureden. Er hat bei seinen Berechnungen aber eine wichtige Tatsache unterschlagen: Den getätigten Ausgaben standen keine Rückzahlungen gegenüber. Damit haben die Bundesschulden um volle 69,5 Milliarden zugelegt. Wenn sie nicht in diesem Ausmass in der Staatsrechnung erscheinen, dann liegt dies daran, dass diese Schulden von den Steuerzahlern gänzlich abgeschrieben bzw. abbezahlt wurden.

Auch wenn heute Nullzinsen herrschen, so betrug die Durchschnittsverzinsung der Bundesobligationen in der fraglichen Zeit dennoch 3,9 Prozent. Die Schulden beliefen sich dabei nicht von Anfang auf die erwähnten 69,5 Milliarden, sondern wurden über die Zeit aufgebaut, aber im Durchschnitt standen doch 34,7 Milliarden zu Buche. Allein der jährliche Zinsaufwand für die gespendeten Hilfen beträgt somit 1,34 Milliarden, und dies während 56 Jahren. Wenn man die geleisteten Entwicklungshilfen richtig berechnet, kämen somit nochmals 75 Milliarden dazu. In den Jahren 2016 bis 2020 sind weitere Entwicklungshilfegelder von 16,1

Milliarden ausgerichtet worden. Damit summiert sich die Schweizer Entwicklungshilfe seit 1960 auf satte 85,6 Milliarden Franken.

Welches «strategische» Ziel?

In der September-Session 2016 hat das Parlament beschlossen, dass die Ausgaben für «Entwicklungszusammenarbeit» in Zukunft pro Jahr 0,48 Prozent des Bruttoinlandproduktes BIP ausmachen sollen. Aber der damalige Aussenminister Didier Burkhalter (FDP) verkündete gleichzeitig, dass es das strategische Ziel des Bundesrates sei, diesen Wert auf 0,7 Prozent zu erhöhen. Was an einem solchen Spenderrausch «strategisch» sein soll, wurde bis heute nicht dargelegt. Das «strategische Ziel» des Bundesrates ist nicht viel mehr als ein simples Nachplappern der Uno-Oberen, die sich hauptsächlich aus Empfängerländern rekrutieren.

Unterstützung von Korruption

Es bleibt zweifelhaften Regierungen dank Entwicklungshilfen auch viel Geld, um mit Korruptionszahlungen Stimmen zur Stärkung ihrer Position zu kaufen. Diese Aussage trifft durchaus auch auf die Kohäsionszahlungen der Schweiz an die EU zu. Selbstverständlich können diese für medizinische oder andere nützliche Projekte eingesetzt werden. Die «Erfolgskontrollen» von angeblich unabhängigen Experten stützen sich denn auch auf Angaben von Empfängerregierungen, die durchaus einen sinnvollen Einsatz der Gelder nachweisen können. Dass sie dank des mit den Schweizer Kohäsionszahlungen eingesparten Geldes in ihren nationalen Budgets mehr Spielraum für andere eher dubiose Projekte erhalten, wird unseren Kontroll-Experten wohlweislich verschwiegen. Wenn nicht die gesamte Staatsrechnung im Detail begutachtet wird,

Nationalparkregion Engadin (GR)

Zu verkaufen - Gepflegte Parterreferienwohnung (Häuschen, Baujahr 2007), als Zweitwohnung, mit 755 m² Umschwung.

2 Doppelschlafzimmer/Küche/
Wohnbereich/Dusche, WC.
Parkplatz und Sitzplatz vor
dem Häuschen.

Preis auf Anfrage: 079 794 38 62



ZANETTI

CH-7742 POSCHIAVO

Telefon 081 844 09 08

Telefax 081 844 10 20

Mail: info@zanettispecialita.ch
www.zanettispecialita.ch

Filiale Bahnhof Chur
(nur 1 Minute vom
Billettschalter entfernt)
Telefon 081 253 60 60

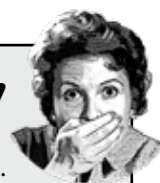
dann sind Expertisen – auch von unabhängigen Kontrolleuren – lediglich Makulatur.

Unlogisch und kontraproduktiv

Und warum die Entwicklungsländer jedes Jahr 0,7 Prozent unseres BIP bzw. rund drei Prozent unseres Staatshaushaltes abkassieren sollen, obwohl es ihnen gemäss Bundesrat jedes Jahr besser geht, ist nicht nur unlogisch, sondern kontraproduktiv. Den Empfängerländern bleiben dann, wie erwähnt, mehr freie Mittel für andere Zwecke. Wenn man beispielsweise deren Militärausgaben in Prozenten des BIP betrachtet, dann übertreffen sie die schweizerischen Militäraufwendungen meistens um ein Vielfaches. Indien und Pakistan, zwei Atommächte, gehörten zwischen 1960 und 2015 zu den Top-Ten-Ländern, die am meisten Entwicklungshilfe von der Schweiz erhalten haben (Indien 1,8 und Pakistan 0,8 Milliarden Franken).

Aussenminister Ignazio Cassis bezeichnete die IZA als Investition für die Freiheit, Unabhängigkeit, Sicherheit und den Wohlstand in der Schweiz als auch in der Welt. Wenn man analysiert, in welche Länder die Entwicklungshilfen fliessen, dann kann man allerdings kaum behaupten, dass diese Länder mit Freiheit, Unabhängigkeit und Sicherheit glänzen. Und wie der Wohlstand in der Schweiz steigen soll, wenn ohne Gegenleistung 11,3 Milliarden verschenkt werden, ist

LACHEN VERBOTEN!



Regnerischer Abend, es ist am Eindunkeln. Ein Appenzeller Puurli schreitet unter dem Schirm in gebückter Haltung durch das Dorf. Ein junger Mann überholt ihn im Laufschrift. Da meint das Puurli: «Moschd nüd ase wädli loufä, dei voäne (dort vorne) regnet's ou!»

(mitgeteilt von Martin J. Fischer, Küsnacht ZH)

kaum erklärbar. Im Gegensatz zu den NGO, die vom Bund für ihre Dienste entschädigt werden, profitiert der Normalbürger kaum. Im Gegenteil: Er muss die Zeche mit seinen Steuern bezahlen.

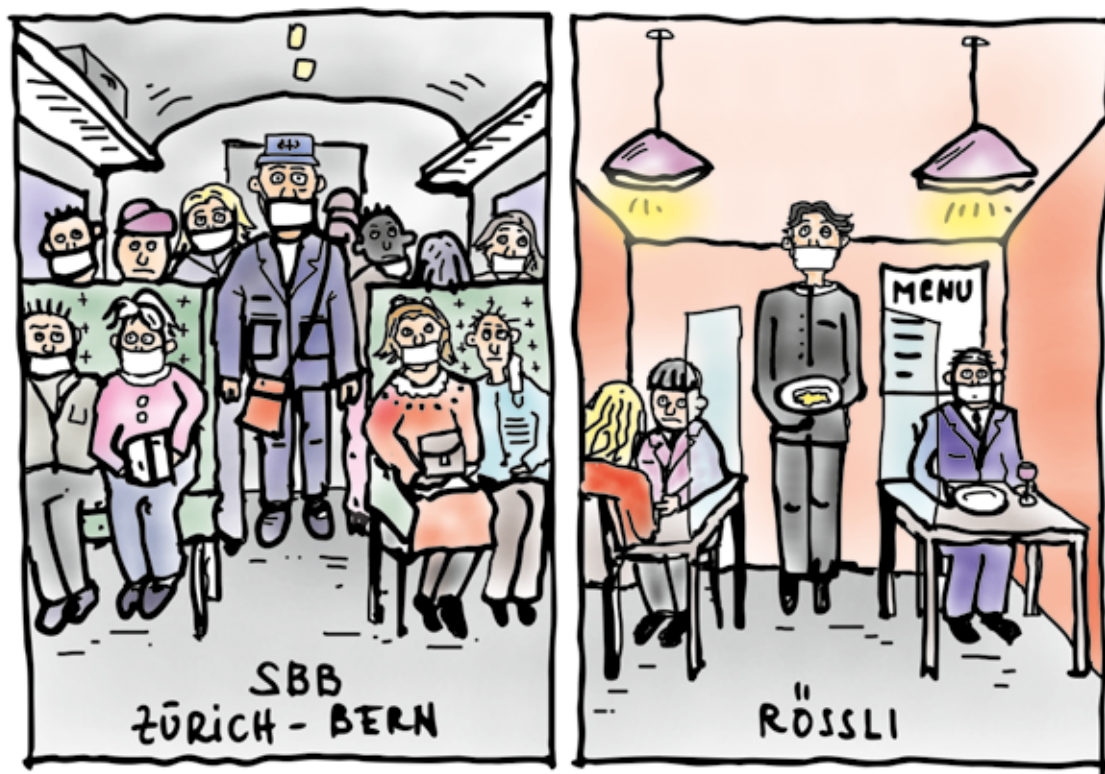
Insgesamt 12'000 Franken pro Kopf

Bezogen auf die Entwicklungshilfe von 3'342 Millionen Franken im Jahre 2020, und basierend auf der Schweizer Einwohnerzahl von 8,7 Millionen, errechnet sich ein Pro Kopf-Beitrag von 390 Franken. Pro vierköpfige Familie wären es schon 1'560 und über die Lebensspanne eines Durchschnittsschweizers seit 1960–2020 sind es über 12'000 Franken. Es gibt nur wenige andere Länder, die so hohe IZA-Beträge pro

Fortsetzung auf Seite 5

Die «Logik» von Herrn Bersets Corona-Massnahmen

*cartoonexpress.ch
Martin und Jürg Guhl*



kein Risiko weil öffentlich

Hochrisiko weil privat



MEILENSTEIN

ARBEITEN ▼ ERLEBEN ▼ GENIESSEN ▼ SCHLAFEN



➤ EIN EINZIGARTIGES ZENTRALES ERLEBNISHOTEL

Das 4-Sterne-Hotel Meilenstein mit 85 exklusiven Doppelzimmern bietet eine inspirierende Szenerie für geschäftliche oder private Aufenthalte im Herzen der Schweiz.

- Diverse Restaurants lassen kulinarisch keine Wünsche offen
- Faszinierende Unterwasserwelt im Aquarium Langenthal
- Exklusives Fahrzeug- und F1-Museum mit Fahrzeugen aus aller Welt
- Bowling- und Billard-Freizeitspass für Private, Firmen und Vereine
- Eigenes Wellness- und Sportcenter für aktive Freizeitgestaltung



Loitzwilstrasse 66 | 4900 Langenthal | Tel 062 919 18 18
 info@dermeilenstein.ch | www.dermeilenstein.ch



KIDDY DOME



SWISS FAMILY CENTER

DIE GRÖSSTE INDOOR FAMILIEN- UND ERLEBNISWELT DER SCHWEIZ



WWW.KIDDYDOME.CH

KIDDY DOME SWISS AG | HAUPTSTR. 52 | CH - 4938 ROHRBACH | INFO@KIDDYDOME.CH | TEL. 062 919 60 00

Kopf der Bevölkerung bezahlen wie die Schweiz. Aber die Abzockerei soll in diesem Stil weitergehen. Gemäss der Finanzplanung sind für die Jahre 2021–2024 weitere insgesamt 11,25 Milliarden Franken für die Entwicklungshilfe vorgesehen. Das Parlament wird die entsprechenden Mittel jeweils im Rahmen der jährlichen Budgetberatungen festlegen.

Der Nationalrat hatte in seiner Erstberatung dem Rahmenkredit von 11,3 Milliarden zwar zugestimmt, jedoch verlangt, dass die jährlichen Ausgaben für die IZA an die wirtschaftliche Entwicklung in der Schweiz und den Abbau der Covid-19-bedingten Schulden gekoppelt werden. Nachdem der Ständerat diesen Zusatzartikel einstimmig abgelehnt hatte, schwenkte auch der Nationalrat um. Der Betrag des Rahmenkredits beruht auf dem Stand des Landesindex der Konsumentenpreise vom Dezember 2019 sowie folgenden Teuerungsannahmen: 2021: +0,4 Prozent; 2022: +0,6 Prozent; 2023: +0,8 Prozent, und 2024: +1,0 Prozent. Die Rechnung für die Schweizer Steuerzahler dürfte aufgrund dieser Inflationsprognosen teurer ausfallen, denn auch diese bescheidene Teuerung summiert sich letztlich auf 2,8 Prozent. Und 2,8 Prozent auf die jährlichen rund drei Milliarden IZA bedeuten immerhin einen Mehrbetrag von 90 Millionen Franken.

«Strategie» überdenken

Es ist höchste Zeit, die «Strategie» des Bundesrates in Bezug auf die Entwicklungshilfe zu überdenken. An den heutigen Beträgen festzuhalten, nur damit sich unsere Diplomaten und Bundesräte an den offiziellen Anlässen im Ausland als «reiche Tanten und Onkel» aus der Schweiz wichtigmachen können, reicht dazu nicht aus.

Leider hat man sich im Bundesrat bereits an zweifelhafte «Strategien» gewöhnt. Auch im Bildungswesen kann doch ein höheres Ausgabenniveau von z.B. jährlich sechs Prozent keine Strategie sein. Zuerst muss man gewissenhaft ermitteln, wer und in welchen Disziplinen ausgebildet werden soll, und erst dann kann man davon eine Finanzierung ableiten.

Hans Kaufmann



Ihr Inserat
in der Schweizerzeit:

Nehmen Sie mit mir Kontakt auf.
Jederzeit und unkompliziert.

Markus Rezzonico
Inserate-Akquise
SVP-Delegierter
AUNS-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61
markus.rezzonico@dietschi.ch

Der letzte Schritt fehlt



Immerhin: Bundespräsident Parmelin liess sich in Brüssel nicht weichklopfen. Frau von der Leyen musste – schockiert, wie sie lamentierte – akzeptieren, dass die Schweiz Brüssels Rahmenvertrags-Diktat die Unterschrift verweigert.

Das ist positiv – doch enthält Bundesberns Begründung für die Nicht-Unterschrift eine Lücke, von der weiterhin Gefahr ausgeht. Weil sich Brüssel zu den Themen Unionsbürgerschaft, staatliche Beihilfen und Lohnschutz zu keinerlei Kompromissen bequeme, erfolgte die Unterschriften-Verweigerung. Dem Vertrag haftet aber ein noch weit schlimmeres Krebsübel an, zu dem der Bundesrat Brüssel gegenüber leider noch immer schweigt. Denn dieser – zwar nicht unterzeichnete, von Bern bisher aber auch nicht formell abgelehnte – EU-Rahmenvertrag sieht vor, dass die Schweiz alles, was Brüssel einseitig beschliesst und als wichtig (als «binnenmarktrelevant») einstuft, automatisch übernehmen muss.

Die bilateralen Verträge respektieren die Gleichberechtigung beider Vertragsparteien – Beschlüsse werden nur durch Zustimmung beider Seiten gültig. Der Rahmenvertrag aber verlangt die vorbehaltlose Unterwerfung der Schweiz unter alles, was Brüssel einseitig als wichtig erklärt. Schluss mit Entscheidungsfreiheit, Schluss mit Souveränität!

**Spalte
rechts**

Solche Unterwerfungsforderung ist für jeden souveränen, eigenständigen Staat unannehmbar. Das muss die Schweizer Landesregierung endlich klipp und klar festhalten.

Hiesige Euro-Turbos – Ausverkäufer der Schweizer Souveränität – wollen den Bundesrat jetzt pauschal zum «Weiterverhandeln» zwingen. Allein in der Hoffnung, Brüssel werde in den drei vom Bundesrat kritisierten Punkten einige dehnbare Erklärungen als (Schein-)Kompromisse formulieren, die, wenn der Bundesrat nur einmal unterschrieben hat, einige Jahre später von Brüssel dann einseitig durch als «binnenmarktrelevant» und somit automatisch übernehmbar erklärte Beschlüsse über den Kopf Bundesberns hinweg ersetzt würden – die Souveränität der Schweiz kurzerhand vom Tisch wischend.

Solange der Bundesrat zu derart möglichem Brüsseler Todesstoss gegen unsere Souveränität schweigt, bleibt der EU die Hintertür zur Unterwerfung der Schweiz offen. Soll das Nein von Brüssel Dauer haben, muss der Bundesrat diese Hintertür ein- für allemal schliessen.

Ulrich Schlüer

Präsenz zeigen!

Fahnen-Banner gegen den UNO-Pakt und gegen das EU-Rahmenabkommen.

Die Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS) setzt sich seit 1986 für eine unabhängige, souveräne, direktdemokratische und neutrale Schweiz ein.

Deshalb sagt die AUNS Nein zum Rahmenabkommen mit der EU und Nein zum UNO-Migrationspakt.

Fahnen jetzt sofort bestellen, ans Fenster, an die Hauswand, den Gartenzaun oder an die Fahnenstange hängen!

Unsere Fahnen sind aus wetterfestem Fahnenstoff, 100 x 60 cm gross und haben für das einfache Anbringen mehrere Ösen. Kosten 25.– pro Fahne, Verpackung/ Versand inbegriffen.

**Bestellen auf www.auns.ch
oder telefonisch: 031 356 27 27
oder via E-Mail: aktion@auns.ch**
(Lieferung gegen Vorkasse).



**AUNS
ASIN
ASNI** 
www.auns.ch



Die «Schweizerzeit» berichtet aus Altdorf

«Freiheitsbotschaft für die Welt»

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld

In der Tradition von Wilhelm Tell haben über tausend friedliche Demonstranten am 10. April in Altdorf UR eine Freiheitsbotschaft in die ganze Welt gesendet.



es sich um eine «kleinere, unbewilligte Kundgebung» gehandelt.

Ein erfolgreicher Ostschweizer Unternehmer und «Schweizerzeit»-Sympathisant (der aus Angst vor staatlichen Repressalien hier ungenannt bleiben will) war in Altdorf dabei und berichtete uns: «Mein gut gehendes Geschäft war fast ein Jahr lang behördlich geschlossen. Ich bin zwar versichert und erhalte auch Kurzarbeits- und Härtefallentschädigung vom Staat, das Ganze ist aber mühsam und aufwendig, und vor allem ersetzt mir das nicht den entgangenen Umsatz. Es ist auch völlig sinnlos, dass mein Geschäft geschlossen bleiben musste. Deshalb bin ich mit dem mir bekannten Internet-Aktivisten und Journalisten stricker.tv nach Altdorf gereist.»



Vor dem Tell-Denkmal (Bild von SZ-Sympathisant)

«Kurz vor Altdorf wurden sämtliche Autos ohne Urner Nummernschild kontrolliert und befragt. Viele wurden zum Umkehren gezwungen, was uns auch so mitgeteilt wurde. Wir parkierten darum beim «Aldi», und ein einheimischer Sympathisant zeigte uns einen Wanderweg

durch den Wald zum Telldenkmal. Die Polizei ging wohl davon aus, dass die meisten Demonstranten am Bahnhof und bei den Grosskontrollen auf den Hauptachsen weggeschickt würden, weshalb die ersten Pressemeldungen (bereits am Vorabend geschrieben!) von «hundert Leuten» ausgingen. Die Polizei erschien in voller Kampfmontur wie im Kriegseinsatz. Etwa dreissig Polizisten schirmten das Telldenkmal ab, obwohl wir vorher alle friedlich darum herumgestanden und den Reden gelauscht hatten. Ein Sprecher der Polizei erteilte dann über ein Mikrophon Anweisungen.»

Die Trychler kommen

«Die Anwesenden waren meist junge und ältere Schweizer, Familien, mehrheitlich Leute mittleren Alters, keine Spinner. Die Menge war zu jedem Zeitpunkt absolut friedlich, sang den Schweizerpsalm, schwenkte die Schweizerfahnen und skandierte «Freiheit, Liberté». Plötzlich marschierten Trychler auf. Sie wurden von den Anwesenden mit grossem Applaus empfangen. Einige Leute stiegen nun auch auf das Telldenkmal und schwenkten Bundesverfassungen. Die Trychler, meist grosse, bäumige Typen, sind dreimal um das Tell-Denkmal durch das Tränengas marschiert. Die von weither herbeigekarrten Polizisten wollten sich das nicht gefallen lassen und sprühten den Trychlern von hinten Pfefferspray ins Gesicht. Ich bekam auch etwas davon ab, zum Glück trug ich eine Sonnenbrille, aber das Zeug brannte noch tagelang.» Die Polizei versuchte mehrmals erfolglos, den Platz zu räumen.

Die Leute haben definitiv genug

«Nachdem ein Vertreter der Demonstranten mit der Polizei verhandelt hatte, zog die Polizei geordnet ab, und wir gingen zum Bauernhof, wo ursprünglich ein Fest geplant war. Die Stimmung war friedlich und entspannt. Die Pressemeldungen danach waren alle erlogen: 100 Polizisten hätten gegen angeblich 500 Demonstranten den Kürzeren gezogen ... Die Leute haben definitiv genug von Willkür und Polizeistaat, so das Fazit des Unternehmers.

Hermann Lei

Churz & Bündig

Zu Mörschwil im Kanton St. Gallen hat eine wohl auf Zusatzverdienst angewiesene Frau per Inserat ihren Bügelservice angeboten mit einer Zeichnung, welche eine bügelnde Frau am Bügelbrett zeigt. Das Inserat wurde von der Staatszensur zurückgewiesen. Es sei sexistisch!

us

Leserbriefe

Murmeli-Salbe

Die Klarstellung von Ulrich Schlüer (SZ Nr. 8/2021) zur Murmeli-Salbe hat mir zu denken gegeben. Seit 40 Jahren bin ich Jäger im Kanton Bern, und jedes Jahr habe ich, wie vom Gesetz vorgeschrieben, nur ein einziges Murmeltier erlegt. Das Murmeltier ist ein reiner Vegetarier. Es ernährt sich von den feinsten Alpenkräutern, darum ist sein Fleisch sehr zart. Jedes Murmeltier wird ganz verwertet; das Fleisch wird gegessen und das Murmelifett zu Öl oder Salbe verarbeitet. Mein Murmelifett habe ich viele Jahre bei Andreas Schmid in Frutigen abgegeben. Er war der erste Jäger in der Schweiz, der mit seiner Firma «puralpina» Murmeli-Salbe und Murmeli-Öl in den Handel gebracht hat. Noch heute brauche ich diese Produkte immer wieder für meine Gesundheit.

Heinz Gerber, Thun

Surreale CO₂-Politik

Der «Sonnenkönigin» Doris Leuthard ist es 2017 gelungen, die sogenannte Energiestrategie in der Verfassung zu verankern. Da war bereits sehr viel «EU-Energie» drin. Der «Green Deal» der EU wird nun von Frau von der Leyen vertreten. Da kann SP-Bundesrätin Sommaruga natürlich nicht hinten anstehen. Die Grünen wollen die Wirtschaft ohnehin von den Energieressourcen

abkoppeln. Die in der Schweiz gemäss CO₂-Gesetz vorgesehenen Lenkungsabgaben werden die Normalbürger und den Mittelstand hart treffen. Sie – Mieter Autofahrer, KMU – zahlen die Zeche und sollen u.a. Ladestationen und Gebäudesanierungen der «Grossen» finanzieren. Frage: Woher soll der Strom für die Elektrofahrzeuge kommen? Wir brauchen weder «Sonnenköniginnen» noch Windparkbarone, die nur mit Subventionen überleben können. Wir brauchen Wirtschaftsführer und Ingenieure mit klarem Verstand. Die Politik muss die Rahmenbedingungen schaffen. Das CO₂-Gesetz trieft von linker Ideologie. Als einziges Land in Europa haben wir es in der Hand, diesen Unsinn am 13. Juni abwenden.

Eduard Keller, Goldau SZ

Ehe für alle?

Ist uns unser christlicher Glaube noch etwas wert? Selbstverständlich steht über allen Geboten die Liebe – sowohl die Nächsten- wie auch und insbesondere die Gottesliebe. Nun können wir in Situationen hineingeraten, in denen wir gewichten müssen zwischen der Liebe zu Gott und der Liebe zum Nächsten. Anlass dazu gibt uns die aktuelle Forderung nach einer Ehe für alle. Dank Leuten, die sich noch an die göttliche Schöpfungsordnung halten, ist das Referendum zustande gekommen. Danach soll eine Ehe als Bund zwischen einem Mann und einer Frau bestehen, die befähigt sind, Kinder zu zeugen und ihnen ein geborgenes Zuhause zu geben. Leider sind heute Tendenzen da, diese Urzelle der Familie zu zerstören – zum Nachteil der heranwachsenden Kinder. Diese fühlen sich noch immer am besten geborgen bei einer liebenden Mutter und einem liebenden Vater. Stellen wir uns den zersetzenden Tendenzen unserer Gesellschaft mutig entgegen, indem wir bei der kommenden Abstimmung «Ehe für alle» aus Überzeugung Nein stimmen!

Gret Ferndrigger-Girardin, Boppelsen ZH

Gesundheitswesen wegen Zuwanderung überfordert

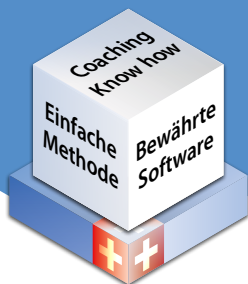
Vor der Einführung der vollen Personenfreizügigkeit mit der EU im Jahr 2007 gab es in unserem Land noch 540 Spitalbetten pro 100'000 Einwohner. Heute sind es nur noch deren 356 – also ein Drittel weniger. Die Schweiz hat in dieser Zeit eine Zuwanderung von einer Million Menschen erlebt. Jeder neue Einwohner in unserem Land darf vom ersten Tag an die vollen Leistungen in unserem Gesundheitssystem beanspruchen, auch wenn er vorher noch nie einen Franken Krankenkassenprämie bezahlt hat.

Alex Schneider, Küttigen AG

Afghanistan adieu

In Kürze ziehen die USA und Deutschland ihre Truppen aus Afghanistan zurück. Wie geht es dort dann weiter? Was haben die jahrelangen Truppeneinsätze und die vielen Toten fremder Nationen dort bewirkt? Die Entwicklungen nach dem Truppenabzug werden es zeigen. Ich befürchte wenig Positives. Zu meiner aktiven Kommandozeit waren mein damaliger politischer Chef, Bundesrat Ogi und sein getreuer Gefolgsmann, Generalstabschef Scherrer, im Vorfeld der «Armee XXI»

Werden Sie Unternehmer in unserem Netzwerk!



Wir suchen Persönlichkeiten, die sich eine eigene Existenz aufbauen wollen und ihre verkäuferischen und beratenden Fähigkeiten als selbständiger **Managementberater** einsetzen möchten.

Spielen Sie mit in unserer Erfolgsgeschichte! Detaillierte Informationen finden Sie unter www.fee-consult.ch.



FEE-Consult AG
Paul N. Burch
Trottenackerstrasse 4
8102 Oberengstringen
Tel. +41 44 751 80 20
buero.p@fee-consult.ch





Zacken aus der Krone



Als Gebot der Fairness: Bundeskanzlerin Angela Merkel, CDU, ist stetes Bemühen nicht abzusprechen, man höre aber auch die andere Seite. Thilo Sarrazin, Buchautor («Deutschland schafft sich ab»), Islamkritiker und ehemaliger SPD-Finanzsenator von Berlin, hat geschrieben: «Frau Bundeskanzlerin, Sie haben das Wohl der Welt im Blick, aber kaum noch jenes der Deutschen. Sie negieren das Lebensumfeld, die Sicherheit und die kulturelle Identität. Ihrem Landbürden Sie auf, hunderttausende Flüchtlinge zu versorgen. Sie propagieren freie Einwanderung und missachten den Schutz der Landesgrenzen.»

Der deutsche Politiker Peter Helmes, CDU, stellt in seiner «Bilanz der Ära Merkel» fest: «Deutschland hat die geringsten Rentenansprüche, die höchsten Steuerlasten (bis zu 45%) und die höchsten Strom- und Gaspreise – und dies alles EU-weit. Deutschland hat eine überbordende Ausländerkriminalität, eine Ideologiebasierte Energie- und Wirtschaftspolitik, keine Kontrolle über die Landesgrenzen und braucht jährlich 140 Milliarden Euro für die Versorgung von vier Millionen Illegalen im Land.» Deutschland duldet zudem eine hohe Migrantenkriminalität, hohe Rentner- und Kinderarmut, exorbitanten Asylbetrug, Gewalt gegen

voller Enthusiasmus für militärische Friedensförderung, genannt «Peace-Keeping». Ihr Slogan lautete: «Die Sicherheit der Schweiz wird am Hindukusch entschieden.» Deshalb müssten Schweizer Truppen im Interesse der Sicherheit unseres Landes dorthin. Könnten sich die beiden Herren einen Schweizer Truppeneinsatz in Afghanistan aufgrund der Entwicklung heute noch vorstellen? Wie viele Tote hätten wir zu beklagen? Solange ich aktiv war, wurde ich nicht müde, mit zwei Argumenten Widerstand zu leisten: Schon das Peace-Keeping ohne Waffeneinsatz ist neutralitätsrechtlich sehr problematisch. Und: Peace-Keeping kann sehr rasch zu Peace-Enforcement (Friedens erzwingung mit Waffeneinsatz) umschlagen, wenn der Gegner das will, also de facto Krieg, was für Schweizer Truppen völlig neutralitätswidrig wäre. Auf die Frage eines Politikers, was dann die Schweizer Truppen bei einem Wechsel vom Peace-Keeping zum Peace-Enforcement tun würden, entgegnete der nachfolgende Bundesrat Schmid: «Dann würden die Schweizer Truppen aus dem Kampfgebiet zurückgeholt.» Und er wollte dafür ein Grossflugzeug als Transportmittel beschaffen. Völlig lächerlich: Truppen im Kampf kann man nur schwerlich aus dem Kampf lösen, geschweige denn per Luft abtransportieren.

In diesem Zusammenhang wiederhole ich gerne meine Frage: Welche Zukunftsperspektiven haben die Schweizer Kfor-Truppen im Kosovo und das Ausbildungszentrum

Polizei- und Rettungskräfte, die Islamisierung des Landes, 20,6% Sozialabgaben auf den Bruttoeinkommen sowie linke Gewalt.

Im Weiteren beherbergt Merkel-Deutschland im Hartz IV-Modus 37'000 Libanesen, die jede Arbeitsaufnahme verweigern. 90% beziehen Hartz IV. Es folgen Iraker mit 65%, Afghanen 52%, Pakistani 48%, Russen 31% und Ukrainer mit 42%. (Quelle: Bundesagentur für Arbeit)

Über all dem steht Merkels chronologisch alternierende Zeitschleife. 2015: «Wir schaffen das!» 2019: «Die multikulturelle Gesellschaft ist grandios gescheitert.»

Erwächst nun mit neuer Amtsbesetzung neue Einsicht? Deutschlands «Grüne» schicken Annalena Baerbock, 40, ins Kanzler-Rennen. Sie äussert sich im Vorfeld richtungsweisend: «Die EU-Souveränität erfordert weitere verbindliche finanzielle Zusagen für die Unterstützung und Umsiedlung der vier Millionen Geflüchteten in der Türkei in den EU-Raum.»

Des Dichters Heinrich Heine (1797–1856) visionäre Vorausahnung: «Denk ich an Deutschland in der Nacht, dann bin ich um den Schlaf gebracht».

Charly Pichler

pichler@thurweb.ch

in Stans, wenn die Truppen aus dem Kosovo abziehen müssen? Wofür werden dann rund 50 Millionen Franken noch ausgegeben? Für inaktive Truppen in Wartstellung? Es gibt dazu offenbar keine Strategie; das passt zur Politik von heute.

Simon Kuchler, Korpskommandant aD, Steinen SZ

Churz & Bündig

Im Januar wurde der Bevölkerung versprochen, bis Ende März seien alle impfwilligen Senioren gegen Corona geimpft. Im Februar wurde die bundesrätliche Ansage mit einem «Vielleicht» ergänzt. Im März wurde die sichere Verimpfung aller Senioren dann auf Ende April versprochen. Anfang April wurde der Termin auf Ende Mai verschoben. Und Mitte April auf Ende Juni. Ende April, also jetzt, schliesslich auf August. Es lebe die Funktionärsbürokratie!

*

Irgend eine Studie besagt, Schülerinnen und Schüler müssten länger im Bett bleiben dürfen. Der tägliche Schulbeginn sei folglich um fünfzig Minuten hinausgeschoben. Wie lange dauert es wohl, bis staatlich gut bezahlte Aufsichtsfunktionäre geschaffen werden, die pünktliches Zubett-Gehen ausschlafberechtigter Schüler akribisch zu überwachen haben?

us



Die extremen Agrar-Initiativen gefährden das Essen aus der Schweiz!

Liebe Stimmbürgerinnen und Stimmbürger

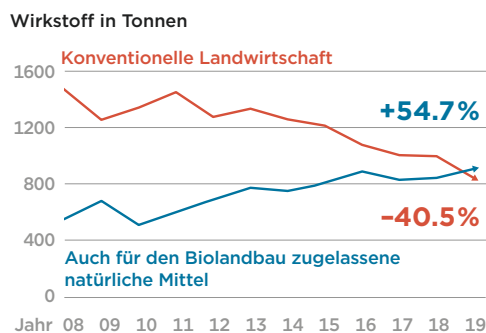
Wir sagen «Ja» zur Umwelt, aber «Nein» zu extremen Mitteln.

Am 13. Juni kommen zwei Agrar-Initiativen zur Abstimmung. **Bundesrat und Parlament lehnen beide ab, weil sie zu extrem sind und sich bereits viel für die Umwelt tut:**

- Aktionsplan «Pflanzenschutzmittel»
- Strategie und Aktionsplan «Biodiversität»
- Strategie «Gegen Antibiotikaresistenzen»
- Branchenstrategie «Für eine nachhaltige Schweizer Futtermittelversorgung»
- Parlamentarische Initiative «Risiko beim Einsatz von Pestiziden reduzieren»

Die Schweizer Landwirtschaft wird laufend besser!

Verkauf von Pflanzenschutzmitteln in der Schweiz: Mittlerweile sind 50% der verwendeten Mittel auch im Biolandbau zugelassen.



Trinkwasser-Initiative = Mogelpackung

Die Trinkwasser-Initiative hat nichts mit Trinkwasser zu tun. Sie fordert, dass Betriebe, die Pflanzenschutzmittel einsetzen oder Futter für ihre Tiere zukaufen, keine Direktzahlungen mehr erhalten. Das trifft auch Biobetriebe.



Die Trinkwasser-Initiative erklärt

DIE FOLGEN:

Schweizer Eier, Schweinefleisch und Poulet werden zum seltenen Luxusgut. Die meisten Betriebe haben nicht genug Land, um ihre Tiere nur mit eigenem Futter zu ernähren, und müssten aufgeben.

Schweizer Lebensmittel werden massiv teurer.

Steigende Importe und sinkende Versorgungssicherheit.

Die Schweiz wird viel abhängiger vom Ausland.

160 000 Arbeitsplätze in Land- und Ernährungswirtschaft werden akut gefährdet.

30% weniger regionale Lebensmittel.

Viele Kulturen werden nicht mehr angebaut, weil das Risiko von Ausfällen zu hoch ist.

Negativer Effekt auf die Umwelt.

Wegen des Mehrimports verschlechtert sich unsere Umweltbilanz.

Pestizidfrei-Initiative = Preistreiber

Die Pestizidfrei-Initiative will synthetische Pestizide verbieten. Es dürfen auch keine Produkte mehr importiert werden, die damit behandelt worden sind. In der Schweiz würde Biozwang herrschen.



Die Pestizid-Initiative erklärt

DIE FOLGEN

30% weniger regionale Lebensmittel, dafür viel mehr Importe.

Lebensmittel werden rund 50% teurer und es gibt keine Wahlfreiheit mehr.

Es darf nur Bio verkauft werden.

Vom Feld über die Verarbeitung bis zur Lagerung entsteht viel mehr Foodwaste.

Abwanderung von Verarbeitungsbetrieben ins Ausland.

Die Schweizer Verarbeiter von Kakao und Kaffee müssten wegen des Biozwangs ihre Produktion ins Ausland verlagern.

Einkaufstourismus wird gefördert.

Da nur in der Schweiz die Preise steigen, nimmt der Einkaufstourismus massiv zu und unsere Wirtschaft leidet.

Impfstoff-Schlamassel endlich beheben

Schluss mit der ruinösen Lockdown-Politik!

von Nationalrat Thomas Aeschi, Fraktionschef SVP, Zug

Die von Links-Grün bejubelte Lockdown-Politik verursacht enorme volkswirtschaftliche, soziale und psychische Schäden. Es werden Existenzen vernichtet und ganze Branchen gefährdet. Damit muss endlich Schluss sein.



Gemäss ihrer kürzlich publizierten Pandemie-Strategie fordert die SVP vom Bundesrat die sofortige Öffnung von Restaurants, Fitnesszentren und anderen weiterhin geschlossenen Betrieben unter Einhaltung der Schutzmassnahmen. Zahlreiche asiatische Länder haben viel intelligenter auf die Corona-Pandemie reagiert als der Bundesrat, der die Pandemie mit eher plumpen Massnahmen einzudämmen versuchte. Sie setzten schon früh auf Massentests und bauten Kapazitäten mit bis zu täglich 20'000 Tests auf. Gleichzeitig wurden die intensivmedizinischen Behandlungskapazitäten massiv ausgebaut, um eine Überlastung des Spitalwesens zu vermeiden. Und schliesslich wurden umgehend Einreisestopps und strikte Grenzkontrollen verfügt.

ein

Grenzgänger testen

Neben dem regelmässigen Testen (Screening) im Inland müssen auch die Arbeitgeber von Grenzgängen verpflichtet werden, ihre Mitarbeiter regelmässig zu testen. Der Bundesrat muss veranlassen, dass alle zu Tourismus- oder Geschäftszwecken auf dem Strassen-, Schienen- oder Luftweg einreisenden Personen zwingend einen negativen Corona-Test vorweisen müssen. Nur so kann verhindert werden, dass das inländische Gewerbe unter massiven Einschränkungen leidet, während das Virus täglich immer wieder aufs Neue vom Ausland in die Schweiz getragen wird.

Volldampf bei der Impfstoffbeschaffung

Die USA, Grossbritannien und Israel, aber auch Entwicklungsländer wie Marokko, sind uns bei der Impfstoffbeschaffung weit voraus. Eine Impfstrategie mit Zeitplan und klaren Zielvorgaben ist nicht vorhanden. Der Bundesrat muss sich nun umgehend und mit erster Priorität der Impfstoffbeschaffung annehmen.

Wiederherstellung der Gewaltenteilung

Seit dem 28. Februar 2020 gilt in der Schweiz die «besondere Lage» gemäss Epidemien-Gesetz und teilweise sogar die «ausserordentliche Lage». Gemäss dieser muss der Bundesrat vor der Anordnung von «Massnahmen gegenüber der Bevölkerung» lediglich die Kantone anhören, und das Parlament muss überhaupt

Im Jahr 2020 hat der Bund mit einem rekordhohen Defizit von 15,8 Milliarden Franken abgeschlossen. Für das Jahr 2021 hat das Parlament ein Finanzierungsdefizit von 6,1 Milliarden Franken gutgeheissen. Aber bereits in der Frühjahrssession 2021 mussten die Hilfen für Härtefälle von 2,5 auf zwölf Milliarden Franken aufgestockt werden. Der Finanzminister warnt, dass sich der Bund im Lockdown täglich um zusätzliche 150 Millionen Franken verschulden wird. Bedenkt man, dass in den letzten Jahren während der Hochkonjunktur jährlich eine Milliarde an Schulden zurückbezahlt werden konnte, wird es – vorausgesetzt, dass es nicht zu einer längeren Wirtschaftskrise kommt – mehr als zwei Dutzend Jahre, also eine ganze Generation, dauern, bis die Schweiz wenigstens wieder den Schuldenstand von Ende 2019 von rund hundert Milliarden Franken erreicht hat.

nicht konsultiert werden. Der Bundesrat hat wiederholt die Mehrheit der Kantone und die beiden Ratskammern übergangen. Als das Epidemien-Gesetz im Parlament beraten wurde, war es nie der Wille des Gesetzgebers, dass der Bundesrat während mehr als einem Jahr die Grundfreiheiten (u.a. Rechtsgleichheit, Schutz vor Willkür, Wirtschaftsfreiheit) ohne Zustimmung des Gesetzgebers und des Volkes eigenmächtig und in einem solchen Ausmass einschränken dürfe. Der Bundesrat muss deshalb unverzüglich die «besondere Lage» aufheben und die Gewaltenteilung wieder herstellen.

Thomas Aeschi

«Das aktuelle Zitat»

Eine DDR 2.0

So wollen die Grünen eine DDR 2.0 machen: «Alles ist drin», lautet das Motto des grünen Wahlprogramms. Tatsächlich ist auf 137 Seiten alles drin, was das ökosozialistische Herz begehrt: mehr Dirigismus, noch mehr Verbote, brutale Steuererhöhungen und eine regelrechte Umverteilungsorgie. Der Bundesverband der deutschen Industrie BDI warnt vor grüner Planwirtschaft: «Die Grünen wollen eine andere Gesellschaft.»

(Deutschland Kurier, 21.4.2021)

STICHWORTE ZUR TAGESAKTUALITÄT

Lockdown

Jeder Tag Lockdown, aber auch jeder einzelne weitere Tag Unsicherheit erschwert die wirtschaftliche Erholung und die Rückkehr zum normalen Leben um viele weitere Tage. Das Land verliert an wirtschaftlicher Dynamik. Sachverstand und wirtschaftliche Erfahrung fehlen der Politik. Planungssicherheit ist Grundvoraussetzung für Wirtschaft. Statt Planbarkeit anzustreben, liefert die Politik täglich neue, wöchentlich ganz andere Ideen – die in der Konsequenz zerstörerisch sind.

Die Gewinner des Lockdowns sind Lehrer, die endlich Schulen ohne störende Schüler von zu Hause aus geniessen, Genderprofessorinnen, die vom Unibetrieb ungestört immer neue Schreibweisen zur Zerstörung der Sprache erfinden, und Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung, die ohne PC statt im Homeoffice betätigungslos im Garten die Laube einrichten.

(Tichys Einblick, 05/2021)

Versagerinnen

Merkels Plan, als Europakanzlerin abzutreten, die zuvor im Tandem mit Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen die EU einen Riesenschritt vorangebracht hat, ist Makulatur. Die beiden deutschen Alphafrauen

Rahmenvertrag

Die Verhandlungen zum Institutionellen Abkommen mit der EU (InstA) sind gescheitert. Die SVP bedauert zwar, dass der Bundesrat nicht den Mut hatte, dies EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bereits heute klar mitzuteilen. Positiv wertet die SVP jedoch, dass Bundespräsident Guy Parmelin bei den heutigen Gesprächen weder Zugeständnisse gemacht noch weitere Kompromissbereitschaft signalisiert hat. «Ich bin erfreut, dass unser Bundespräsident nicht nachgegeben und klargestellt hat, dass dieser Kolonialvertrag, der den Schweizer Stimmbürger aushebelt, nicht unterzeichnet werden kann», sagt Parteipräsident Marco Chiesa. «Wir wollen gute Beziehungen mit der EU, aber diese müssen auf Augenhöhe sein. Wir sind nicht bereit, uns einem unilateralen Vertrag zu unterwerfen, der einzig dazu dient, EU-Interessen durchzusetzen.»

Die SVP erwartet, dass der Bundesrat nun umgehend Klarheit schafft und das InstA offiziell beerdigt, damit sich das Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU endlich normalisiert. Die bilateralen Beziehungen sind auf der Basis von Verträgen weiterzuführen, die bei Bedarf erneuert werden können.

(SVP, 23.04.2021)

tragen Mitverantwortung dafür, dass die EU Aufgaben an sich zog, aber nicht liefert.

Auch beim Impfen kann die EU ihr Versprechen nicht halten, dass sie Impfdosen preiswerter und zügiger beschafft als jedes Land allein. Die Realität wirkt wie ein Treppenwitz. In Grossbritannien sind 40 Prozent geimpft, dreimal so viele wie in Deutschland. Wer kann noch behaupten, nach dem Brexit werde es den Briten rundum schlechter gehen?

Über die USA spotteten Europäer, als Donald Trump die Pandemie nicht in den Griff bekam. Joe Biden hat das Impfen zum nationalen Kraftakt erklärt und sein Versprechen von 100 Millionen Impfungen in den ersten 100 Tagen bereits nach 58 Tagen erreicht. Inzwischen sind rund ein Drittel geimpft, mehr als doppelt so viel wie in der EU.

(Christoph von Marschall in Kopp-Report, 26.03.2021)

Milliardengeschenke

Die Schweiz verschenkt Milliarden ins Ausland. Während der Corona-Krise hat die Mitte-Links-Mehrheit des Parlaments die Entwicklungshilfe sogar noch erhöht. Ab 2021 fliesst ein jährlicher Rekordbetrag von 2'800 Millionen Franken in die sogenannte internationale Zusammenarbeit (IZA). Und dies obwohl die Probleme in unserem Land gross sind. Dass dieser Betrag immer weiter steigt, dafür sorgt die aktuell praktizierte versteckte «Uno-Steuer». Diese koppelt die Höhe der Entwicklungshilfenausgaben unseres Landes an das von der Schweizer Bevölkerung erarbeitete Gesamteinkommen.

Weil dieses Gesamteinkommen, auch Bruttonational-einkommen genannt, mit der Wirtschaftsleistung steigt, müssen die Schweizer Steuerzahler immer mehr an die Entwicklungshilfe abliefern.

(SVP, 16.04.2021)

Zu vermieten in **Teufenthal**, Nähe WSB-Station, per sofort, helle

3½-Zi-Wohnung

3. Stock, Lift, Essküche, verglaster Balkon wie Wintergarten usw. (**Newhome.ch**)

Miete Fr. 1090.-, NK Fr. 150.-, letzte Renovation 2021

Tel. 056 622 48 00 oder 079 609 80 38

Bundesrätin Sommaruga übt sich im Grabenkampf. Weil sie massiv höhere CO₂-Abgaben durchsetzen will. Wer leistet, wer produziert, wer transportiert: Sie sollen von Bundesbern künftig weit stärker abgezockt werden – je länger desto rigoroser. Vor allem zugunsten eines bewusst vage umschriebenen «Klimafonds». Die Aktivisten der staatlich beschworenen Energiewende, nicht unbedingt arbeitsfreudig, wollen schliesslich gut gelebt haben.

Recht skrupellos verbreitet die Frau Bundesrätin einigermassen krass geschönte «Information»: Eine Durchschnittsfamilie habe, wenn das CO₂-Gesetz am 13. Juni angenommen wird, mit Mehrkosten von nur gerade hundert Franken pro Jahr zu rechnen. So viel resultiere aus dem Benzinpreis-Aufschlag von zwölf Rappen pro Liter, wenn diese Durchschnittsfamilie mit ihrem Benziner-Auto rund zwölf-tausend Kilometer im Jahr zurücklege.

Diese Rechnung stimmt schon – gilt aber allein für den Benzinpreis-Aufschlag. Will Bundesrätin Sommaruga allen Ernstes behaupten, darüber hinaus erwachse besagter «Durchschnittsfamilie» keinerlei Mehrkosten?

*

Frau Bundesrätin, lassen Sie sich doch bitte an einem normalen Werktag demnächst einmal von Ihrem Fahrer von Bern nach Zürich chauffieren, auf dass Sie Ihren Kopf frei haben und auf der Gegenfahrbahn alle Ihnen begegnenden Lastwagen zählen können. Sie werden auf eine Zahl kommen, die Sie möglicherweise staunen lassen wird. Diese Lasten verkehren täglich. Und sie transportieren Waren, Tag für Tag, Hunderte, Tausende von Tonnen. Für Betriebe und Menschen, die auf diese Waren warten. Weil sie sie brauchen – als fertige oder aus herantransportierten Komponenten zusammengesetzte Waren. All die Lasten und die von diesen Lasten transportierten Güter werden, wenn sich die bundesrätliche CO₂-Orgie entfalten kann, markant betroffen. Zulasten der Konsumenten, zulasten auch ihrer «Durchschnittsfamilie».

*

Und wenn sie dann rechnet, dann stellt Ihre Durchschnittsfamilie, falls sie ihrer bundesrätlichen Propaganda auf den Leim gekrochen sein sollte, mit Ernüchterung fest, dass ihr Geldbeutel etwa um den zehnfachen Betrag gegenüber dem, den Sie, Frau Bundesrätin, ihnen vorgegaukelt haben, erleichtert worden ist.

Was streben Sie, schröpfende Frau Bundesrätin, mit Ihrem der Bevölkerung zu verordnenden sauren Vermouth überhaupt an? Wollen Sie einfach die Wirtschaft, das KMU-Gewerbe, all jene, die im Dienst der Bevölkerung für Versorgung und Entsorgung täglich hart arbeiten, um wohlverdiente Einnahmen bringen? Genau jene, die – in diametralem Gegensatz zu allen Staatsfunktionären – die gesamte Last der Corona-bedingten

Wirtschafts-Stillegung schon zu tragen haben, die wollen Sie jetzt erneut piesacken und schröpfen? Ist es Ihnen egal, wenn Sie mit Ihrer Schröpfkur hunderte, vielleicht gar tausende KMU-Betriebe – bereits geschwächt vom bundesrätlich verfügbaren monatelangen Einnahmen-Ausfall wegen Corona – jetzt mit neuen, exorbitanten Abgaben noch vollends erwürgen?

Oder wollen Sie mit Ihrem Vermouth Ihrem Parteifreund Wermuth zudienen? Jenem Cédric Wermuth, der dazu aufruft, die massive, Corona-begründete Schwächung der KMU-Wirtschaft zu nutzen, um der gewerblichen Selbständigkeit in der Schweiz mittels vorgeschobener Klimabeschwörung vollends den Todesstoss zu versetzen?

Cédric Wermuth hat für seine Genossen die Aufgabe auf sich genommen, das Kommunistische Manifest, angepasst an neue Entwicklungen, neu zu formulieren. Klar, nach der Pleite des sozialistischen Imperiums kann er nicht mehr mit Verstaatlichung, Kollektivierung und Enteignung aufwarten. Wermuth hausiert mit altem Inhalt unter neuem, die Medien berückendem Schlagwort. Er predigt die Service public-Revolution: Das KMU-Gewerbe soll – unter gezielter Mithilfe linker Bundesräte und ihrer Funktionärsbürokratie – vorsätzlich zugrunde gerichtet werden. Darauf übernehmen die Staatsbürokratie, etikettiert als Service public, all das, was die freie Wirtschaft, inzwischen erwürgt im Korsett obrigkeitlicher Abzockerei, nicht mehr leisten könne. Klar, dass die Funktionäre ihren Machtzuwachs finanziell reichlich abrunden könnten – nachdem bereits ihr totales Versagen anlässlich der Organisation der Corona-Impfkampagne ohne alle finanziellen Folgen abgehakt werden konnte.

*

Wollen Sie, Frau Bundesrätin, mit ihrem sauren Vermouth Cédric Wermuths Service public-Revolution zum Durchbruch verhelfen? Soll die 1989 infolge Staatspleite verschwundene DDR dank Ihrer gütigen Hilfe wieder erstehen – als Produkt von Wermuths Service public-Revolution?

us

Sommaruga-Vermouth

Akzent

**Lüge nicht
betrüge nicht
stehle nicht**

**Die Regierung duldet
keine Konkurrenz!**



Gewerbe ruinieren?



Immer mehr Abgaben, Gebühren, Vorschriften und Bürokratie – **das Schweizer Gewerbe wird von Jahr zu Jahr mehr und mehr drangsaliert.** Zudem hat die **Corona-Krise vielen KMU-Betrieben massiv geschadet!** Und jetzt sollen wir auch noch Tausende von Franken mehr für Benzin und Heizöl zahlen!



Meinem Metallbaubetrieb würde das neue CO₂-Gesetz allein für den Treibstoff für meine Fahrzeuge **jährlich rund 3'000 Franken Mehrkosten** verursachen.

Diese neue Mehrbelastung ist einfach zu viel. **Das können wir uns nicht auch noch leisten!>>**

Video anschauen:

Teuer. Nutzlos. Ungerecht.

www.teuer-nutzlos-ungerecht.ch

Misstratenes
CO₂-Gesetz
Nein

Unterstützen Sie unsere Kampagne!



linktr.ee/neinco2gesetz

Nein zum CO₂-Gesetz

Ein milliardenteurer Unsinn



von Christian Imark, Nationalrat, Fehren SO

Das CO₂-Gesetz widerspricht allen Grundsätzen einer freiheitlichen, bürgernahen Politik: Es führt zu mehr Verboten und Vorschriften und zu immensen Kosten, während die Wirkung auf das Klima vernachlässigbar bleibt.



Benzin und Diesel werden um zwölf Rappen pro Liter teurer. Die Abgabe auf Heizöl und Gas wird mehr als verdoppelt. Auf Flugtickets wird eine Steuer von bis zu 120 Franken erhoben. Für eine vierköpfige Familie können so schnell über 1'000 Franken Mehrkosten pro Jahr entstehen. Die Konsequenz ist eine gigantische Umverteilung zu Lasten der

Bürger und der KMU. Entscheidend sind die folgenden Gegenmassnahmen:

- Wir müssen das Referendum unter allen Umständen gewinnen und die monströse CO₂-Vorlage in der Volksabstimmung vom 13. Juni 2021 versenken.
- Der Abbau der administrativen Belastung für KMU/ Unternehmen muss vorangetrieben werden (Umsetzung der Motion 16.3388).
- Unsere Wirtschaft ist mit einem Revitalisierungspaket langfristig zu entlasten (Umsetzung der Motion 19.3033).
- Die stetige Ausweitung der Aufgabenbereiche der Bundesverwaltung und der entsprechenden Kosten muss gebremst werden (Motion 20.3567).

Gewerbe und Bürger entlasten

Die Grünliberalen sind zwar grün, aber nicht liberal. Die parlamentarische Initiative von Nationalrat Erich Hess ist nur ein Beispiel von vielen, welche dies belegen. Die Initiative verlangte, dass Unternehmen statt

wie heute ab 100'000 Franken erst ab 150'000 Franken Jahresumsatz mehrwertsteuerpflichtig werden. Ausser der SVP und der FDP hat keine Fraktion dem Anliegen zugestimmt.

SP, Grüne und Grünliberale sowie die «Mitte» weigern sich, zur steuerlichen und regulatorischen Entlastung von Unternehmen beizutragen. Schlimmer noch: Sie treten für eine Unzahl neuer Steuern und Abgaben ein, welche Firmen und Bürger belasten, vom neuen CO₂-Gesetz bis zur 99-Prozent-Initiative der SP für eine neue Kapitalbesteuerung. Die Mitte-links-Parlamentmehrheit stockt die vom Bundesrat beantragten Kredite regelmässig auf und verstärkt damit die Steuergeld-Verschwendung.

Gegenmassnahmen

- Das Ausgabenwachstum ist durch die strikte Einhaltung der Schuldenbremse zu begrenzen, und der Personalaufwand darf maximal sechs Milliarden Franken pro Jahr betragen.
- Der (steuersenkende) Steuerwettbewerb muss erhalten und Fehlanreize für Nehmerkantone müssen im Finanzausgleichsgesetz (NFA) beseitigt werden.
- Es ist eine Regulierungsbremse einzuführen (Motion 20.4219), und die Unternehmensbelastung muss gesenkt werden (Motion 20.4590).

Fallen Sie nicht auf die honigsüssen Versprechungen und abstrusen Behauptungen der Befürworter herein. Stimmen Sie am 13. Juni 2021 Nein zum folgenschweren CO₂-Gesetz!

Christian Imark

GOAL GLOSSAR

Kontinuität

Kontinuität

<lat.> continuitas –
«ununterbrochene Fortdauer»

Damit eine Botschaft Erfolg bringt, darf nicht von ihr abgewichen werden. Denn Beständigkeit ist ein Prinzip des Erfolges. Deshalb raten wir unseren Kunden: Bleiben Sie Ihrer Botschaft treu! Denn nur ununterbrochenes Fortbestehen einer Botschaft bringt den Erfolg.

Wir freuen uns auf Sie!
Alexander Segert, Geschäftsführer
Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL

AG für Werbung und Public Relations

Wir wollen Ihren Erfolg

Information und Wahrnehmung

Unzensuriert



Wir leben bekanntlich im Informationszeitalter. Nicht zufälligerweise haben in den vergangenen Jahrzehnten Verbände, Parteien und die öffentliche Verwaltung ihre Kommunikationsabteilungen hochgefahren. Die Art und Weise, wie die Medien eine Information darstellen und welchen Blickwinkel einer Organisation sie dabei übernehmen, kann entscheidend sein für die öffentliche Wahrnehmung eines Ereignisses. Zur Verdeutlichung folgende zwei Beispiele:

Als das bürgerliche Schweizer Parlament 1993 nicht die von der SP vorgeschlagene Christiane Brunner, sondern den moderateren Francis Matthey in den Bundesrat wählte, gab es eine heftige öffentliche Diskussion über das Problem der Ausgrenzung politischer Minderheiten. Als aber 2007 SVP-Mann Christoph Blocher als Bundesrat nicht wiedergewählt wurde, gab es eine öffentliche Diskussion darüber, ob man «Rechtspopulisten» in eine Konkordanzregierung integrieren könne. Dass die SVP kurz davor bei den Parlamentswahlen einen rekordhohen Wähleranteil von 29 Prozent erreicht hatte, war plötzlich nicht mehr von Bedeutung.

Als im November 2015 fanatische Muslime in Paris einen Terroranschlag verübten, wurde in den Medien über den Anschlag und die Opfer berichtet, und gleich danach gewarnt, dass jetzt nicht alle Muslime unter Generalverdacht gestellt werden dürften. Als 2020 in den USA George Floyd Opfer eines brutalen Polizeieinsatzes wurde, entstand eine öffentliche Diskussion zum Thema Polizeigewalt. Eine ganze Berufsgruppe sah und sieht sich mit dem Vorwurf eines systemischen Rassismus konfrontiert. Dass die Mehrheit der Polizisten ihren Beruf korrekt ausübt und dennoch plötzlich unter Generalverdacht steht, spielt hier kaum eine Rolle.

Diese Art der Darstellung lässt auf einen durchaus linken bis linksliberalen Einschlag in den betreffenden Medien schliessen, woran sich bis heute nichts geändert hat: Kürzlich gab die Co-Präsidentin der deutschen Grünen, Annalena Baerbock, ihre Kanzlerkandidatur bekannt. Ihre Partei hat sie noch nicht offiziell nominiert, es gab bislang einzig eine interne Absprache zwischen ihr und dem anderen grünen Co-Präsidenten Robert Habeck. Unter normalen Umständen würden Journalisten Hinterzimmerdeals und fehlende Transparenz monieren. Im Fall der Grünen lobt man eine Klärung der Kanzlerfrage «ohne Inszenierung». Entscheidend ist eben der Blickwinkel.

Patrick Freudiger

Anzeige

Klartext – Weltanschauung

Wo auch immer Menschen in unserer grossen Welt leben und wohnen, herrscht überall und in allen Bereichen eine unvorstellbare Unordnung und ein irreführendes, beispielloses Durcheinander.

Es gibt noch sehr wenige Orte auf dieser schönen Welt, wo keine Menschen leben, dort herrscht Ordnung, Stille, Würde und Friede auf Erden.

Viel zu viele unmoralische Organisationen auf dieser Welt sind eine echte Bedrohung und nisten sich ein in Politik und Wirtschaft. Halte dich darum von negativen Menschen fern. Sie haben ein Problem für jede Lösung.

Die überbevölkerte, unzufriedene, streitsüchtige Menschheit ist heute in einer komfortablen Lage „de facto“ sich selber zu vergiften, oder auf weitere, verschiedene und fein ausgedachten Eventualitäten sich gegenseitig umzubringen.

Traumgebilde Macht/Herrschaft: Wir haben zwei bestechende Weltregierungssysteme; beide sind unverwandte, exemplarische Lügenbolde.

1. In der Diktatur darf man nichts sagen, darf alles nur denken.

2. In der Demokratie darf man alles sagen, aber keiner ist verpflichtet, sich dabei etwas zu denken.

Schlusszitat:

Der lasterhafte, liederliche Westen, Europa/Amerika, merken es immer noch nicht, dass sie die Weltpolizisten und Unheil-Reformer dieser Erde sind.

Leben und leben lassen ist eine menschliche Illusion, eine ewige bleibende Täuschung. Normalität, Verständnis, Einsicht hat es noch nie gegeben und wird's auch nie geben.

Walter Kaiser

Der Uno-Migrationspakt ...

... kriecht aus dem Loch

von Markus Melzl, ehem. Kriminalkommissar und Sprecher der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt

Federführend unter der Leitung der Schweiz und Mexikos hat während mehr als zwei Jahren ein Heer von Diplomaten an der Ausarbeitung eines Uno-Migrationspaktes gebastelt.



Bereits im Dezember 2018 wurde dieses unsägliche Regelwerk in Marokko verabschiedet, wobei vorgesehen war, dass FDP-Bundesrat und Aussenminister Cassis dort mit seiner Unterschrift dem Pakt den schweizerischen Segen hätte erteilen sollen. Zum Glück gab es starken Druck gegen eine Unterzeichnung, so dass sich im Moment die Sache in der War-

teschleufe befindet. Aber Vorsicht! Der Bundesrat hat bereits seine Zusicherung signalisiert, und es besteht die Gefahr, dass dieser Pakt im Windschatten der Klimahysterie und der Corona-Aufregung unbemerkt unterzeichnet werden könnte.

Leitprinzipien

An dieser Stelle muss daran erinnert werden, dass die Leitprinzipien des Paktes festgehalten, dass Wirtschaftsmigranten den Flüchtlingen im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention in etwa gleichgestellt werden. Zudem sollen der uneingeschränkte Familiennachzug, die Legalisierung von illegalen Aufenthalten, die Abschaffung der Ausschaffungshaft sowie die hindernisfreie Geldüberweisung in die Ursprungsländer der Migranten möglich sein. Schliesslich sollen nicht staatliche Stellen (NGO) für die Überwachung und Kontrolle dieser Regeln zuständig werden.

Man ahnt bereits den gierigen Griff zum Portemonnaie des steuerzahlenden Bürgers. Schliesslich wird in diesem skandalösen Abkommen festgehalten, dass Migration in der Öffentlichkeit als etwas Positives bewertet werden muss und dass Medien (auch soziale) zu überwachen sind, damit sie nur noch wohlwollend über Migration berichten. Im Endeffekt dürfte irgendwann eine Strafnorm kreiert werden, welche Sanktionen vorsieht, falls jemand wegen der Massenzuwanderung von negativen Gefühlen übermannt werden sollte.

Nur ein Soft law?

Dass in einem Regelwerk der Vereinten Nationen überhaupt festgehalten wird, dass Gefühle von Bürgern zu verurteilen wären, ist ein an negativer Dramatik nicht zu überbietendes starkes Stück. Schliesslich weisen die Befürworter permanent darauf hin, dass es sich beim Pakt um nicht rechtsverbindliches Soft Law handelt und somit nur den Status von Empfehlungen hätte. Dies ist rechtsstaatlich äusserst heikel und wurde höchstwahrscheinlich auch in die

Vereinbarung aufgenommen, damit verhindert werden kann, dass ein ordentliches und somit parlamentarisches Gesetzgebungsverfahren durchlaufen werden muss. Auch hier haben irgendwelche Diplomaten getrickst und im wahrsten Sinne des Wortes ein Soft Law in den Pakt hineingepackt, wohl wissend, dass jedes Soft Law eher früher als später Eingang in die Rechtsprechung findet. Der internationale Gerichtshof für Menschenrechte dürfte wohl sehnlichst darauf warten, bei einer Soft Law-Missachtung die Schweiz zu sanktionieren.

Türöffner für den Sicherheitsrat

Bundesbeamte des Aussendepartements haben darauf hingewiesen, dass der Beitritt zum Uno-Migrationspakt eine Voraussetzung wäre, damit die Schweiz bei der Wahl im Juni 2022 in New York überhaupt für die Jahre 2023 und 2024 Einsitz im Uno-Sicherheitsrat nehmen könnte. Umso mehr ist der Pakt abzulehnen, da die Schweizerische Eidgenossenschaft rein gar nichts im Uno-Sicherheitsrat verloren hat. Eine Mitgliedschaft bei einer Organisation, welche über Krieg und Frieden entscheidet, steht im krassen Widerspruch zu unserer Neutralität.

Die Grossmannssucht gewisser Politiker und Diplomaten darf nicht dazu führen, dass letztendlich die Bürger unseres Landes wegen irgendwelcher fremder Konflikte und kriegerischer Auseinandersetzung in Gefahr geraten. Also Finger weg vom Uno-Migrationspakt und vom Sicherheitsrat. Wenn Bundesbern von der Akzeptanz der Bevölkerung überzeugt wäre, dann könnten ja der Migrationspakt und die Mitgliedschaft beim Sicherheitsrat dem Volk zur Abstimmung vorgelegt werden. Dass dies nicht der Fall sein wird, zeugt einmal mehr von der Hinterhältigkeit gewisser politischer Kreise.

Markus Melzl

Nein zu den Agrar-Initiativen

Die beiden Agrar-Initiativen (Trinkwasser-Initiative und Pestizidfrei-Initiative) sind der Todesstoss für unsere produzierende schweizerische Landwirtschaft. Es würden noch viel mehr Lebensmittel importiert, was in hohem Mass umweltschädlich wäre.

Darum am 13. Juni 2021: 2x Nein!

Das Covid-Gesetz beendet die freie Schweiz

Gesetz diskriminiert
Ungeimpfte

13. JUNI
nein

Massenüberwachung!
mit umfassendem Contact Tracing

Rechte verlieren
für wacklige Entschädigungen?

Ohne EU-Rahmenvertrag keine Zukunft?

Medizinaltechnologie

Einzelne Sprecher aus Wirtschaftsverbänden und Bundesverwaltung behaupten, ohne Rahmenvertrag mit der Europäischen Union habe die Medizinaltechnologie, zweifellos ein wichtiger, innovativer Wirtschaftszweig, in der Schweiz keine Zukunft.

Die Schweizerzeit hat einen ausgewiesenen Fachmann und erfolgreichen Medizinaltechnologie-Unternehmer, Dr. Stephan Rietiker aus Baar/ZG, ehemaliger CEO von Sulzer Medica/Centerpulse sowie der Life Watch AG, Verwaltungsrat in mehreren MedTech-Firmen, um eine Lagebeurteilung gebeten.

Seine Stellungnahme lautet wörtlich:

«Die Medical Device Regulation (MDR) umfasst alle Vorgaben, die Produkte erfüllen müssen, um im EU-Binnenmarkt in den Verkehr zu kommen bzw. im Verkehr zu bleiben. Bisher umfasste die MDR 23 Artikel auf rund 60 Seiten, heute sind es 123 Artikel auf 175 Seiten. So sind nun u.a. Auflagen für die technische Dokumentation, Produktidentifizierung (Barcodes u.a.), Etikettierung, und die Benennung einer qualifizierten Person im Unternehmen mit Fachwissen über Medizinprodukte. Letztere gibt offensichtlich Anlass zu Klagen, obschon das in Pharmafirmen längst Usanz ist und hier kosteneffiziente Lösungen (z.B. via Agenturen) mit etwas gutem Willen durchaus möglich sind! Die neuen Vorschriften treffen alle Unternehmen sämtlicher europäischer Länder sowie von Drittländern (z.B. USA etc.) gleichermassen! Ein Produkt, das die EU-Normen erfüllt, wird zugelassen. Das Mutual Recognition Agreement (MRA) regelt im Rahmen der bilateralen Verträge, wie Schweizer Recht und EU-Recht aufeinander abgestimmt werden bzw. dass ein in der Schweiz bewilligtes Produkt automatisch in der EU zugelassen wird. Schon heute besteht der (oft billigere) Weg, Produkte direkt im EU-Raum für den gesamten EU-Raum zertifizieren zu lassen. Im unwahrscheinlichen Fall einer einseitigen Kündigung des MRA müssten Schweizer Firmen Produkte direkt im EU-Raum bei einer der zertifizierten «notified bodies» bewilligen lassen, was keine zusätzliche Hürde

bedeutet. Das Wehklagen bzw. die Überbetonung eines «barrierefreien Zugangs» zum EU-Raum sind vor diesem Hintergrund nicht nachzuvollziehen.

Pikanterweise informierte die Europäische Kommission am 20. Dezember 2019, dass wichtige Deadlines nicht eingehalten werden können: So stand die Euramed Datenbank im Mai 2020 noch nicht zur Verfügung, da die Kommission mit der Benennung der Notified Bodies massiv hinterher hinkte wie auch bei der Benennung von Spezifikationen für ästhetische Produkte. Noch heute gibt es wegen Ungereimtheiten Verzögerungen, die alle Marktakteure gleichermassen treffen. Dies zeigt, dass die EU vor lauter Bürokratie eigene Deadlines nicht einzuhalten vermag.

Aus dem oben Gesagten geht klar hervor, dass die Situation für die Schweiz, was den MedTech Bereich angeht, kein glaubwürdiges Mittel darstellt, um für das Rahmenabkommen zu werben. Sowohl grosse wie kleinere Firmen haben gute Möglichkeiten, um mit der Situation klarzukommen. Das Wehklagen einiger Akteure hat nichts mit der Wirklichkeit zu tun und muss mit Entschiedenheit zurückgewiesen werden.»

S

Churz & Bündig

Hundert Wissenschaftler werben mit ihren Namen für eine markante Erhöhung der CO₂-Abgaben. Angeblich allein aus Verantwortung dem Klima gegenüber. Warum verschweigen sie, dass sehr viele von ihnen erheblichen Geldgewinn erzielen werden als Verfasser irgend welcher Studien, die ihnen der-einst aus dem Klimafonds reichlich bezahlt werden?

us

SP-Co-Präsident Cédric Wermuth hat recht: Die Mieter müssen schadlos gehalten werden. Auch ich will solidarisch und ein Gutmensch sein. Deshalb verzichte ich während den nächsten vier Monaten freiwillig auf die Versteuerung meines Eigenmietwerts.

Hans Kaufmann

Zum Beitrag «Der Berater» (SZ vom 1.4.2021) erinnere ich mich an meinen Schwiegervater selig, SVP-Gemeindepräsident von Bülach, welcher mich vor bald dreissig Jahren einmal fragte: «Kennst Du den Unterschied zwischen Beratern und Eunuchen?» Seine Erklärung: «Berater und Eunuchen wissen immer ganz genau, wie es ginge, aber beide können es nicht.»

zugesandt von Peter Bolliger, Münsingen BE



Mein Appell an die Jugendlichen

Lasst Euch nicht manipulieren!

von Valentin J. Oehen, alt Nationalrat, Liebefeld BE

Wer das politische Geschehen längere Zeit beobachtet, dem wird angst und bange ob der Tatsache, wie erfolgreich «die da oben» das Volk manipulieren.



Da werden vor einer umstrittenen Abstimmung wohlklingende Versprechen gemacht, befürchtete Entwicklungen als unmöglich disqualifiziert, Bedenken aller Art als unbegründet abgetan und Emotionen – insbesondere Angst – hochgepeitscht, bis der Stimmbürger kaum noch weiss, wo ihm der Kopf steht.

Und dann kommt der Volksentscheid. Dieser wird vom Bundesrat als gut, klug und weitsichtig gelobt, sofern er der bundesrätlichen Absicht entspricht. Oder aber, das Volk war zu wenig informiert, von den Gegnern der Vorlage getäuscht oder emotional verblendet, wenn der Entscheid den Intentionen der «Oberen» zuwiderläuft. Und dann geht man zur Tagesordnung über und versucht klammheimlich, das gewünschte Resultat auf irgendeinem Weg doch noch zu erreichen.

Und es ergiesst sich ein Strom von Nachrichten über das Volk: Belanglosigkeiten, bunt gemischt mit ernstesten Abhandlungen, Sportnachrichten, Klatsch und Katastrophenmeldungen aus aller Welt. Und unter dieser Flut geraten die seinerzeitigen Aussagen rasch in Vergessenheit. Wie die Entwicklung auch immer läuft: Nach dem Motto der alten Römer «Panem et circensem» – «Brot und Spiele» – wird das Volk bei Laune gehalten.

Und wenn die nächste bedeutungsvolle Vorlage zur Abstimmung kommt, sind die früheren Versprechungen längst vergessen. Und wieder werden frisch-fröhlich Behauptungen aufgestellt, Erklärungen abgegeben, Tatsachen verdreht, und man zählt auf das kurze Gedächtnis des Volkes. Leider oft mit Erfolg. So geschieht es im eigenen Land.

Mein Rat: Legt Euch eine einfache Kartei an, in welcher Ihr die wesentlichsten Aussagen der politischen Exponenten und die eigenen Beobachtungen vermerkt. Dazu besorgt Euch etwa alle drei Jahre das «Statistische Jahrbuch der Schweiz» und vergleicht das einschlägige Zahlenmaterial mit den herumgebotenen Aussagen. So schafft Ihr Euch die Grundlage zur eigenen, freien Meinungsbildung!

Noch schlimmer ist die internationale Manipulation! In seinem Buch «Verdeckte Ziele» schreibt der bekannte australische Journalist John Pilger: «... dass die

reichen Staaten und die multinationalen Konzerne (...) die Welt ausbeuten und unterdrücken, geschützt durch eine weitreichende, weltweite Gleichschaltung der Medien.» Und weiter: «90 Prozent der Pressenachrichten aus aller Welt und der aktuellen politischen Berichterstattung gehen auf einen immer kleiner werdenden Kreis immer reicherer und immer mächtigerer Informationsquellen zurück.»

Der wahre Zustand der Welt wird verschleiert. Mit dem Schlagwort «Globalisierung» wird via Strukturanpassungsprogrammen hinter denen Weltbank, Internationaler Währungsfonds und das US-Finanzministerium stehen, eine ungeheuerliche Umverteilung der Reichtümer dieser Welt organisiert. Seit den Achtzigerjahren sind mehr als neunzig Staaten de facto ruiniert worden. Dank der Manipulation der Medien merken die Einwohner der Industriestaaten nicht, dass nicht eine «Deregulation» sondern eine «Destruktion» praktiziert wird.

Auch in Europa spielt sich die Enteignung der Staaten durch Grosskonzerne ab (u.a. Privatisierung von Elektrizitätsversorgung, Gesundheitswesen, Wasserversorgung, Post und Fernmeldediensten) und ebenso die Aushöhlung von traditionellen Werten wie Familienstrukturen, bäuerliche Landwirtschaft, Selbstversorgung, Solidarität und Gerechtigkeit, religiöse Bindungen, Subsidiarität und Basisdemokratie und Heimatbewusstsein. Das alles passiert hinter der Fassade von Fortschritt, Weltoffenheit und Modernität.

Meine Empfehlung an die junge Generation: Lasst Euch nicht durch die Unterhaltungsindustrie und die Spass-Gesellschaft vereinnahmen. Engagiert Euch in politischen Organisationen und studiert Bücher wie John Pilgers «Verdeckte Ziele» über den modernen Imperialismus, oder «Die Befehlskette» von Seymour M. Hersh, oder «Die Goldverschöpfung» von Ferdinand Lips. Solche Bücher sind spannend wie gute Krimis. Sie liefern Informationen für ein zielgerichtetes Verhalten im privaten und öffentlichen Leben.

Und seid Euch bewusst, dass die Freiheit immer neu erkämpft werden muss und dass die demokratische Staatsform anspruchsvoll und also nichts für Faulenzer ist. Eine funktionierende, selbstbewusste Gesellschaft mit einem hohen ethisch-moralischen Standard als Lohn ist der Schweiss der Edelsten wert! Und dazu sollt Ihr Euch zählen dürfen.

Valentin J. Oehen

Dreiste Behauptungen in der NZZ

«Der Geist der Anbauschlacht»

von Hans Bieri, Geschäftsführer der Schweizerischen Vereinigung Industrie und Landwirtschaft SVIL

hf. Die NZZ fühlt sich bemüssigt, die gewaltige Leistung der Anbauschlacht zur Zeit des Zweiten Weltkrieges schlechtzureden und absurderweise sogar mit dem Holocaust in Verbindung zu bringen. Die NZZ-Verantwortlichen müssen dringend über die Bücher gehen.



In ihrer Breitenseite gegen den Plan Wahlen und die «Anbauschlacht» zur Zeit des Zweiten Weltkrieges behauptet die Journalistin Claudia Wirz in der NZZ vom 13. April 2021, der Selbstversorgungsgrad der Schweiz sei damals nur von 52 auf 59 Prozent gestiegen: «Was auf dem Plan vielleicht gut und schlüssig aussah, scheiterte an

der Realität. Das kommt in der Planwirtschaft bekanntlich öfters vor. Das vermeintlich hehre Ziel eines autarken Schweizervolks wurde nicht einmal annähernd erreicht», lautet ihr vernichtendes Urteil.

Tatsache ist jedoch, dass 1934, vor der Umsetzung des Planes, die Kartoffelanbaufläche 45'819 ha und die Getreideanbaufläche 125'000 ha betragen. 1943 jedoch, im Rahmen des Plans Wahlen, stieg die Kartoffelanbaufläche auf 82'820 ha und die Getreideanbaufläche auf 216'450 ha.

Noch gravierender ist jedoch die folgende absurde Behauptung von Frau Wirz: «Die Rede ist von der Anbauschlacht, dem Plan Wahlen. Angeregt unter anderem von der «Battaglia del Grano», der Getreideschlacht des faschistischen Italien.»

Der Plan Wahlen wird so in die unmittelbare Nähe des Faschismus gerückt. Das liegt ganz auf der Linie der im letzten Sommer in der NZZ vom 3. August vertretenen These «Das Bauerntum war eine der Grundlagen des nationalsozialistischen Staates». Und weiter stand in der NZZ: «Ernährungspolitik spielte beim Aufbau des Vernichtungssystems eine entscheidende Rolle». Es wird also sogar Ernährungssicherheitspolitik und Bauerntum vollkommen abstrus mit dem Holocaust in Verbindung gebracht. Das kann so nicht hingenommen werden!

Offensichtlich scheint gewissen Kreisen inzwischen jedes Mittel zulässig zu sein, um die politische Eigenständigkeit unseres Landes, wozu die

krisenfesten Versorgung gehört, sogar durch einen unverschämten Faschismus-Vorwurf zu brechen.

«Eine wahrhaft autarke Schweiz wäre eine hungernde Schweiz», spottet Wirz weiter. So kann nur reden, wer immer noch nicht begriffen hat, dass Freihandel auf der Basis des gegenseitigen Vorteils und der Souveränität aller Teilnehmer auch allen Teilnehmern gegenseitig Wohlstand bringt.

Die Lächerlichmachung der Versorgungssicherheit dient also nur dem Zweck, jenes neofeudale Rahmenkonzept, das man der Schweiz aufdrängen möchte, zu unterstützen. Dieses lebt von Vermögensumverteilung und möchte deshalb «Freihandel» bzw. «Marktzugang» mit Souveränitätsverzicht verketteten. Ernährungssicherheit ist jedoch wie die Souveränität selbst nicht Gegenstand des Handels, sondern die Grundlage des souveränen Staates, um Handel in Freiheit treiben zu können.

Hans Bieri



Kartoffelernte 1942 auf dem Sechseläutenplatz in Zürich



Das Büro Ha deckt auf!



Vertrauensverlust. Wir haben es geahnt. Die kürzliche Corona-Presskonferenz war eine miserable Selbstdarstellung mit mafiosen Begleiterscheinungen. Es geht weiter in der Planungslosigkeit, keinerlei Sicherheit für Unternehmer aufgrund der latenten Drohgebärden und der nichtssagenden Worthülsen. Der Durchschnittsbürger hat sich abgemeldet und jedes Vertrauen verloren, die andere Hälfte übt sich im Bücklings-Gehorsam, nachdem ihr ein Jahr lang Hysterie und Panik eingetrichtert wurde. Was soll das: Auf der Terrasse sitzen, aber drinnen auf den Lokus!? Bars auf der Terrasse? Mit Sitzpflicht? Zur Konsumation darf der Maulkorb in die Stellung «tief» gezogen werden. Wie viele Terrassen mit einer Bar gibt es? Wie soll eine Museumsführung stattfinden mit fünfzehn Personen, bei 1,5m Abstand?

Die Weltfremden und Gesellschaftsumformer haben erneut zugeschlagen. Schluss mit der gelenkten Pandemie, dem Herbeischnorren von «Fällen» mit getürkten Zahlen. Tatsache ist: Die «Fallzahlen» der letzten Tage bewegen sich im Durchschnitt bei ca. 2'000 «Infizierten» pro Tag, das macht pro Kanton 76 «Fälle». Im Kanton Aargau heisst das 7,5 Fälle pro Tag und Bezirk, also 1 Fall pro Gemeinde! Und das bezeichnen die Konkursverwalter, Wirtschaftsvernichter und Gesellschaftsumformer zu Bern als «dritte Welle der Pandemie»!

*

Staatliche Willkür. Dann haben wir noch viele Fälle von staatlicher Willkür, Ausgrenzung, Entlassung und Schikane notiert. Wir verwenden den Ausdruck «Diktatur» nicht, weil wir sonst mit den gleichen Massnahmen rechnen müssen. Einige kritische Fragen oder einige Bemerkungen gegen Panik, Hysterie und Lügen genügen, um entlassen zu werden. Hier eine unvollständige Liste von Geächteten: Kantonschullehrer Häni, Wohlen; Kantonsärztin Dr. Maya

AUS GRENDELMEIERS «REICH DER MENSCHEN»



Ob Fiat, Dööschoo, Maserati, Mercedes, Jaguar, Bugatti, Ferrari, Honda oder Rolls, ob usw. doch, was soll's? – Ob PS-arm, ob PS-reich: Vor dem Stau sind alle gleich.

Züger, Schaffhausen; Amtsarzt Dr. Rainer Schlegel, St. Gallen; Kantonsarzt Dr. Rainer Fischbacher, Appenzell Ausserrhoden; Kantonsarzt Dr. Brian Martin, Zürich sowie Dr. Andreas Heisler, Ebikon. Wer gegen solche Machenschaften nicht aufsteht, verliert die Freiheit! Wenn Sie Gelegenheit haben, diese Persönlichkeiten zu unterstützen, machen Sie es. Die Liste wird täglich länger!

*

Wir wollen nichts beschönigen. Wir verurteilen die Gewaltanwendungen der Demonstranten in Winterthur und St. Gallen scharf – ohne Wenn und Aber. Wer einen Polizisten angreift, hat jede Rücksicht verwirkt. Ebenso zu verurteilen sind jedoch die Gefängnis-Gessler zu Bern, die aufgrund von getürkten Zahlen das Volk immer noch einsperren. Weltweit steigt die Zahl der Unruhen und des zivilen Ungehorsams. Das wird auch bei uns so weitergehen.

*

Noch ein Gesetzestext zur Verbreitung. Im COVID-19-Gesetz, Art. 3a, steht: «Personen, die mit einem Covid-19-Impfstoff geimpft sind (...) wird keine Quarantäne auferlegt.» Das sind keine Privilegien, nein, das ist der Entzug von Freiheiten für jene, die sich nicht impfen lassen wollen. Die Grundrechte gemäss Bundesverfassung Art. 8 und 10 sind nicht eingehalten. Das soll also ein Rechtsstaat sein? Und nebenbei: Dieses «Prinzip» gilt bei jeder anderen Impfung nicht ...

Tis Hagmann



Tischuntergestelle in Schweizer Qualität

Maurer AG, Emmentalstrasse 58, 3432 Lützelflüh

Telefon 034 461 3970

www.maurer-metalltechnik.ch

info@maurer-metalltechnik.ch



SUNSTAR
SWISS HOTELS
ECHT VIELSEITIG

Geschenkgutscheine
à Fr. 250.– mit Fr. 50.– Rabatt

Sind auch gültig für Spezial-Angebote

Kopierererpapier

Sensationelle

Fr. 3.90

500 Blatt, exkl. MWSt.+ Versand bar (10 P. = 10.–)

OCOTEX AG – 041 799 50 00



Rasenmäher oder Wettbewerbsgarant

Der EU-Binnenmarkt

von Beat Kappeler, Dr. h.c., Ökonom und Buchautor, Hinterkappelen BE

Die EWG/EG/EU verwirklicht seit Beginn «den Binnenmarkt», formell abgeschlossen mit dem Delors-Plan für 1992. Der Wettbewerb soll im ganzen Raum spielen, und damit erscheint dies vielen als liberales Projekt.



Doch im Namen des ungehemmten Binnenmarkts beseitigen die EU-Kommission, der Ministerrat, der EuGH (der Europäische Gerichtshof) nicht die tatsächlich störenden Hemmnisse wie unterschiedliche Zulassungen, Normen, Standards. Diese unterschiedlichen nationalen Regelungen hatte der EuGH schon 1979 im Entscheid «Cassis de Dijon» als binnenmarktgenügend erklärt – die entsprechenden Güter durften zirkulieren. Ein Binnenmarkt aus dem «Wettbewerb der Lösungen» war damit auf Anhieb entstanden. Ein Binnenmarkt als Freihandelsraum.

Jedoch wollte die EU-Kommission einen Binnenmarkt als Ansatz zum europäischen, zentralisierten Superstaat. Sie griff rasch weit über das Notwendige hinaus und beseitigt seither alle nationalen unterschiedlichen Makro-Rahmenbedingungen: Arbeitsmarktregeln, Steuersätze (MwSt., seit Januar 2019 möglichst auch direkte Steuern), Sozialpolitik, sogar gewisse Entlohnungsgrundsätze, Umweltpolitiken usw. – immer im Namen des Vorrangs des Binnenmarkts. Die nationalen Regeln werden ausgehebelt, auch wenn die Kompetenz der EU-Gremien dazu dünn oder nicht gegeben ist.

Das kürzlich im NZZ/Schwabe-Verlag erschienene Buch

Der Superstaat

von Beat Kappeler ist aus unserer Sicht der beste Wegweiser zur Einsicht, dass der EU-Rahmenvertrag unvereinbar ist mit der Eigenständigkeit und Souveränität der Schweiz.

Der Publizist Beat Kappeler hat der «Schweizerzeit» das Recht eingeräumt, in den nächsten Monaten in unregelmässiger Folge sechs wesentliche, kurze Ausschnitte aus seinem Buch im Wortlaut zu veröffentlichen. Wem an Durchblick zum Verhältnis Schweiz/EU gelegen ist, dem sind Kauf und Lektüre dieses Buches wärmstens zu empfehlen.

Beachten Sie den Bestelltalon auf Seite 27 der heutigen «Schweizerzeit»

Der Schluss: Die EU will einen atomistischen Wettbewerb der Firmen um den Binnenmarkt, nicht aber den Wettbewerb verschiedener Lösungen bei den grossen Rahmenbedingungen der Nationen. Die EU selbst soll die Referenznation werden.

Wie wir wissen, hat aber der Wettbewerb der Lösungen Europa gross und reich und innovativ gemacht. Wir wissen auch von gescheiterten Imperien, dass ihre einheitlichen, aber falschen Regeln verheerend sind.

(Auszug aus: Beat Kappeler «Der Superstaat», NZZ Libro/Schwabe, Basel 2020, S. 41 f.)

«Es sagte» ... Wettbewerb

Von welcher Persönlichkeit stammt die folgende Aussage?

<<NICHTS AUF DER WELT IST SO GERECHT VERTEILT WIE DER VERSTAND, DENN JEDERMANN IST ÜBERZEUGT, DASS ER GENUG DAVON HAT.>>

Diese Aussage stammt von:

- A Johann Wolfgang von Goethe, deutscher Dichter
- B François-Marie Arouet Voltaire, französischer Denker
- C Immanuel Kant, deutscher Philosoph
- D René Descartes, französischer Philosoph

(Zutreffendes bitte ankreuzen)

Die Antwort senden Sie bitte bis spätestens **Mittwoch, 5. Mai 2021**, an: «Schweizerzeit», Postfach 54, 8416 Flaach, E-Mail: info@schweizerzeit.ch

Sämtliche Einsender von richtigen Antworten nehmen an einer halbjährlich stattfindenden Verlosung teil. Die Gewinnerin oder der Gewinner wird zu einer «Schweizerzeit»-Tafelrunde eingeladen, einem Nachtessen für zwei Personen mit dem «Schweizerzeit»-Verlagsleiter Ulrich Schlierer als Gastgeber.

Die richtige Antwort auf die Wettbewerbsfrage lesen Sie in der «Schweizerzeit» Nr. 10 vom 14. Mai 2021.

Erlebnisse aus 35 Jahren aktiver Politik (Teil 14)

Damals in der Auns

von Hans Fehr, a. Nationalrat und Geschäftsführer der Auns, Eglisau ZH



Im Zusammenhang mit der (bereits in der SZ Nr. 9 erwähnten) skandalösen **Uno-Propaganda durch die Bundesverwaltung** stelle ich dem Bundesrat im Frühjahr 2000 die folgende Frage: „Ist der Bundesrat auch der Meinung, dass ein derartiges Demokratieverständnis – in einer Verwaltung, die sich politisch neutral zu verhalten hat – untragbar ist? Was unternimmt der Bundesrat in diesem Fall, und was er, um solche Fehlleistungen in Zukunft zu verhindern?“

Ich erwähne dabei die Tatsache, dass Emanuel Jenni, Chefbeamter im Eidg. Departement für Auswärtiges, hunderte von Bundesangestellten über das verwaltungsinterne E-Mail dazu aufgerufen hat, die Uno-Beitrittsinitiative zu unterschreiben und auch die «Lieben zu Hause sowie Freunde und Bekannte an der Aktion teilnehmen zu lassen» und ihm die Unterschriften zuzustellen.

«Aussenminister» Joseph Deiss antwortet, der betreffende Beamte habe «aus Überzeugung und persönlichem Engagement» gehandelt. Er habe die Unterschriftensammlung «als Privatperson in

Ausübung seiner bürgerlichen Rechte und ausserhalb der Bürostunden» (*Wer's glaubt, ist selig*) vorbereitet. Dass ein Beamter sich derart persönlich für ein Legislaturziel des Bundesrates einsetze, sei sogar «lobenswert».

Mit einer Zusatzfrage bringe ich die Sache auf den Punkt: «Ist es verwunderlich, wenn Beamte verwaltungsintern Uno-Propaganda betreiben, nachdem Sie, Herr Bundesrat, selbst an öffentlichen Versammlungen eindringlich zur Unterschriftensammlung aufgerufen haben und unsere Nicht-Mitgliedschaft als ‚verschrobenes Exotikum gegenüber 99,9% der Weltbevölkerung‘ und als ‚chronische Anomalie‘ gezeisselt haben?» Erwartungsgemäss schwafelt Deiss darauf in seiner Nicht-Antwort irgendetwas Unverbindliches um den heissen Brei herum.

Nach dieser Kritik hält sich der Bundesrat immerhin etwas zurück – um dann im Hinblick auf die Schengen-Abstimmung vom 5. Juni 2005 mit einem noch viel massiveren «Schengen/Dublin-Informationskonzept» unter Leitung des Integrationsbüros – finanziert mit Steuergeldern – alles Bisherige an Staatspropaganda in den Schatten zu stellen. Davon aber später.

*

Die brandstiftende «Feuerwehr»



Noch läuft es recht gut in unserem Land. Doch machen wir uns nichts vor. Das Erfolgsmodell Schweiz ist akut bedroht. Migration, Freiheitsrechte, Staatsschulden oder Gebührenlast – in diesen und in vielen anderen Bereichen brennt es lichterloh! Die linken und linksliberalen Brandstifter spielen sich als «rettende Feuerwehr» auf und giessen noch mehr Öl ins Feuer. Eine gute Presse ist diesen elenden Schweiz-Abschaffern dennoch sicher. Die Kartellmedien wie der «Tages-Anzeiger», der «Blick» oder das SRF-Gebührenmonster betreiben einen stramm linken «Haltungsjournalismus». Die linke «Haltung» ist dabei wichtiger als die Fakten.

Tatsache ist: Die masslose Einwanderung schadet den Arbeitnehmern in unserem Land enorm. Durch die Masseneinwanderung werden immer mehr Schweizer und alteingesessene Ausländer arbeitslos oder erhalten weniger Lohn. Besonders hart betroffen sind über 50-Jährige. Die jungen Deutschen oder Portugiesen machen es halt billiger. Anstatt diesen Missstand mit einer vernünftigen Migrationspolitik zu beheben, schädigen linke und linksliberale Berufspolitiker mit

Hinter feindlichen Linien

gewerkschaftlichem Unsinn nicht nur den Arbeitsmarkt zusätzlich. Sie erhöhen auch den bürokratischen Aufwand für die Betriebe massiv. Geld fliesst in den Papierkrieg statt in den Fortschritt.

Und Tatsache ist auch: Der Staat breitet sich immer mehr aus. Die Pandemie-Krise wirkt diesbezüglich wie ein Brandbeschleuniger, der nur verbrannte Erde zurücklässt. Das Problem besteht aber schon seit Jahrzehnten. Heute arbeitet ein Schweizer während rund sechs Monaten pro Jahr nur für den Staat mit all seinen Steuern, Abgaben, Gebühren und KMU-feindlichen Massnahmen. Der Mittelstand wird von der staatlichen Maschinerie zerrieben. Und die linken und linksliberalen Berufspolitiker wollen nun mit dem missratenen CO₂-Gesetz den Mittelstand mit zusätzlichen Steuern, Abgaben und Gebühren belasten. Pro Familie fallen jährlich bis 1'000 Franken Mehrkosten an. Gegen diesen Milliarden schweren Unsinn müssen wir ankämpfen! Darum am 13. Juni Nein zum missratenen CO₂-Gesetz. Es ist teuer, nutzlos und ungerecht.

Samuel Balsiger

Samuel Balsiger ist Gemeinderat in der Stadt Zürich. In seiner monatlich erscheinenden Kolumne berichtet er über die Irrungen der linken Politik.

Weil ich einigermaßen Italienisch kann, habe ich im Frühjahr 2000 an einem Wochenende die Gelegenheit, im Rahmen einer kulturellen Organisation, welche intensive Beziehungen zwischen der Schweiz und der Toscana pflegt, in Florenz einen Vortrag zu halten. Thema: «Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU.» Mein Kontrahent ist der Tessiner Ständerat Renzo Respini (bis 1999 im Amt). Anwesend sind rund 200 Auslandschweizer, Diplomaten, italienische Politiker und Generäle. Meine Kernaussage zum Thema Schweiz-EU lautet: «**Cooperazione sì, integrazione no!**» Und mit Überraschung stelle ich fest: Die vielen anwesenden Italienerinnen und Italiener, vor allem Toscanesi, sind grossmehrheitlich der Meinung, die Schweiz müsse unbedingt unabhängig bleiben, ihre Neutralität hochhalten und keinesfalls Soldaten ins Ausland schicken.

Auch das italienische Fernsehen hat uns eingeladen. Gleich zu Beginn machen die Moderatorin und eine Korrespondentin des «Corriere della Sera» klar, dass die Schweiz ihrer Meinung nach frei bleiben und ihre Besonderheiten wahren müsse – andernfalls habe sie nur zu verlieren. Offenbar haben die Italiener die einzigartige politische Struktur unseres Landes besser begriffen als unsere sogenannte Elite. Anderntags besuchen wir Sehenswürdigkeiten in Florenz, u.a. die berühmten Uffizien. Dabei stellt mir der Militärkommandant von Mittelitalien, ein Dreisterne-General, seine Frau mit den Worten vor: «Ecco il generale del generale!» Typisch sympathisch-italienisch eben.

KEIN MONOPOL DEM EU-SÜCHTIGEN MEDIENEINTOPF IN DER SCHWEIZ

Ich abonniere das «Schweizerzeit»-Magazin.
Preis bis Ende 2021: Fr. 60.–

Name/Vorname:

Strasse/Nr.:

PLZ/Ort:

Mail-Adresse:

Wenn Sie uns Ihre Mail-Adresse mitteilen, erhalten Sie zusätzlich kostenlos allwöchentlich unser aktuelles «Brisant» per Mail. Eine Weitergabe Ihrer Mail-Adresse findet nicht statt.

Datum:

Unterschrift:

Einsenden an: «Schweizerzeit», Postfach 54, 8416 Flaach,
Tel.: 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03
E-Mail: abonnement@schweizerzeit.ch



Gemäldesammlung der Uffizien in Florenz: Die Heilige Familie, Tondo Doni genannt, von Michelangelo Buonarroti (1475–1564), gemalt 1505/1506

Zu meinen gefreuten Erfahrungen in Italien passt die Kernaussage von Christoph Blocher, die er zuvor an der Albisgüetli-Tagung 2000 vor rund 1350 Besucherinnen und Besuchern gemacht hat, haargenau. Sie lautet nämlich: «**Die Stärken eines Landes bestehen in seiner Besonderheit.** Der Sonderfall Schweiz beruht auf den Säulen *Volkssouveränität und direkte Demokratie* – und damit auf der Einflussnahme durch das Volk, was zur Machtbeschränkung führt. Zudem beruht der Sonderfall Schweiz auf dem *Föderalismus* mit seinem Wettbewerb von Kantonen und Gemeinden sowie auf der *immerwährenden bewaffneten Neutralität*, welche Grossmachtgelüste der «*classe politique*» verhindert, was zur Sicherheit des Landes führt. Ebenso beruht der Sonderfall auf der Weltoffenheit und auf dem Widerstand gegen die Einbindung in internationale Grossmachtgebilde.»

*

Weil die Auns und die SVP konsequent für eine souveräne, neutrale Schweiz kämpfen, nehmen uns die «Grotteggser» an der Basler Fasnacht 2000 (im Hinblick auf 2003) mit der folgenden Schnitzelbank aufs Korn:

*Mer gsehn ins Johr zweidausigdrey,
S isch Blocht und gEbnet, gMuurt und Frey.
S isch gSchlüert und gFehrt und Bortolzzt
und alles andren usebutzt.
E rüsegroossi Brätterwand
goot rings ums ganze Heidiland.
Wenn d Sunne dief am Himmel stoot,
isch s Heidiland im Ooberoot.
Dr Martin loot sy Alphorn glinge,
dr Christoph gheersch dr Bättrüef singe.
Die Ryche wärde immer rycher,
die Arme blyben als wie glycher.
Kai Mentsch meh schwätzt do Italiäänisch,
nit Dirrgisch, Hochdytsch oder Dänisch,
und au s Rumantsch isch unterbunde,
wie alles fremde Zyyg verschwunde;
ewägg isch au däü wältschi Kytsch,
denn d Ainhaitssprooch isch Züridytsch.*

(Fortsetzung folgt)

Hans Fehr

Büchertisch

BESTSELLER



Corona – Fehlarmed?

Zahlen, Daten und Hintergründe

Dr. Karina Reiss/Dr. Sucharit Bhakdi

Unzählbare Machenschaften wurden entfaltet, das Erscheinen dieses Buches zu verhindern. Weil es fundiert und überlegt Kritik übt an

Vielem, was Regierungen im Vollmachten-Regime als angebliche Corona-Bekämpfung durchgesetzt haben. Was war, was ist wirklich gerechtfertigt – und was dient den Regierungen bloss dazu, ihren Machtbereich auf Kosten der Demokratie auszudehnen?

*Goldegg, Berlin 2020, 159 S., brosch., (Richtpreis Fr. 21.90)
Ihr Preis bei der Schweizerzeit: Fr. 19.70*



Der Superstaat

Von Bürokratie und Parteizentralen und wie man den schlanken Staat zurückgewinnt

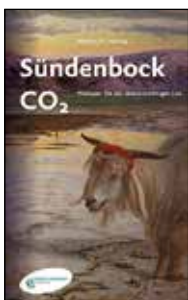
Beat Kappeler

Dieses Buch ist der beste Wegweiser in der Debatte um den EU-Rahmenvertrag. Macht-Eliten wollen damit eine zentralistische, der Funktionärsherrschaft unterworfenen Staats-

ordnung, angelehnt an die EU-Bürokratie, durchsetzen – obwohl die bürokratische Gleichschaltung die Wirtschaft der EU immer weiter in Rückstand bringt gegenüber den USA und Fernost.

*NZZ Libro/Schwabe, Basel 2020, 151 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 34.–)
Ihr Preis bei der Schweizerzeit Fr. 30.60*

AKTUELL



Sündenbock CO₂

Plädoyer für ein lebenswichtiges Gas

Markus O. Häring

Man tut im Blick auf die CO₂-Abstimmung so, als würde die Menschheit vom CO₂ vergiftet. Sachliche Auseinandersetzung mit der lebensnotwendigen Bedeutung von CO₂ ist entsprechend angebracht. Markus O. Häring,

ausgewiesener Kenner der Energie-Problematik, sich seit Jahren für die Entwicklung nachhaltiger Ressourcen einsetzend, tritt den Angstmachern entgegen, die mit der Energiewende die freiheitliche Wirtschaftsordnung ihrer Macht unterwerfen wollen

*Carnot-Cournot, Basel 2017, 180 S., brosch., ill., (Richtpreis Fr. 29.–)
Ihr Preis bei der Schweizerzeit Fr. 26.80*



Noch normal? – Das lässt sich gendern!

Gender-Politik ist das Problem, nicht die Lösung

Birgit Kelle

Gender-Politik, die Forderung nach freier – je nach Umständen wechselnder – Geschlechtswahl: Das wäre das Ende der Familie, das wäre die umfassende Gesellschafts-Beherrschung durch die Staatsbürokratie. So wie

Linksgrün solche Gender-Ziele beweihräuchert, so entschieden tritt ihnen die brillante Publizistin Birgit Kelle entgegen: Sie hält den Gender-Politikern den Spiegel der von ihnen angestrebten Gesellschafts-Zerstörung vor.

*Finanzbuch, München 2020, 302 S., brosch., (Richtpreis Fr. 28.90)
Ihr Preis bei der Schweizerzeit Fr. 26.–*



Unerwünschte Wahrheiten

Was Sie über den Klimawandel wissen sollten

Fritz Vahrenholt, Sebastian Lüning

Seit die Menschheit das Klima wahrnimmt, ist das Klima Veränderungen unterworfen. Wärmeperioden wechselten mit Kälteperioden ab. Eine Tatsache, welche die Forscher

im UNO-Klimarat und ihre Anhänger hierzulande konsequent unterdrücken. Die behauptete Abhängigkeit der Temperatur vom CO₂-Ausstoss ist nicht belegbar.

*Langen Müller, München 2020, 347 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 33.90)
Ihr Preis bei der Schweizerzeit Fr. 30.50*



Corona und das verzögerte Sterben

Chaospolitik und Kirchenversagen

Daniel Regli

Der Autor nimmt kein Blatt vor den Mund: Immer klarer wird, dass die Entschiede der Bundesratsmehrheit und das kaltschnäuzige (Miss-) Management des Bundesamts für Gesundheit (BAG) von Inkompetenz, Nachlässigkeit, Willkür und stolzer Sturheit geradezu strotzt.

An den Folgen der mit Corona begründeten Zentralisierung der Macht bei Bundesberns Bürokratie dürften die Schweizerinnen und Schweizer noch jahrelang zu tragen haben.

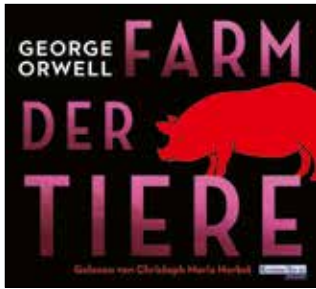
*Ortesio, Zürich 2021, 132 S., brosch., (Richtpreis Fr. 15.–)
Ihr Preis bei der Schweizerzeit Fr. 13.50*

Die Schweizerzeit liefert Ihnen sämtliche Bücher deutlich günstiger als zu den vorgegebenen Richtpreisen. Erfüllen Sie sich doch all Ihre Bücherwünsche via Schweizerzeit-Bücherdienst.

HÖRBUCH



Lieber zuhören statt lesen – unser heutiger Hörbuch-Vorschlag:



Farm der Tiere

Alle Tiere sind gleich, aber einige sind gleicher als andere

George Orwell

Das berühmte Werk von George Orwell liegt jetzt auch als Hörbuch vor. Eine beklemmende Geschichte: Geknechtete Tiere

vertreiben die sie unterdrückende Herrschaft. Gleichberechtigung aller wird ausgerufen. Doch es braucht Funktionäre, welche die Gleichberechtigung organisieren – und für sich selber immer umfassendere Privilegien reservieren.

Die Technik der Unterdrückung, die «befreite» Tiere Schritt für Schritt neuem Terror ausliefert, wird akribisch und beklemmend sichtbar gemacht. Ein aufrüttelndes Werk – besonders in Zeiten, da Staatsfunktionäre mit Sondervollmachten freie Menschen Schritt für Schritt in Untertanen verwandeln.

Random House/Audio, 4 CDs, Hördauer 230 Min., (Richtpreis Fr. 28.90)

Ihr Preis bei der Schweizerzeit: Fr. 26.–

Hörbücher: Spannende Unterhaltung auf langen Autofahrten und beruhigende Medizin gegen Stau-Ärger.

BUCHZEICHEN



Die Schweiz hat Zukunft

Von der positiven Kraft der Eigenart

Gerhard Schwarz

Lauthalse Klagen, die Schweiz sei ohne EU-Rahmenvertrag zum Untergang verurteilt, werden vom ehemaligen Chef der NZZ-Wirtschaftsredaktion sachlich und kenntnisreich widerlegt: Freiheit, Nicht-Eingliederung in ein bürokratisch geschnürtes Korsett

setzte in der Schweiz Kräfte frei, welche mehreren Wirtschaftszweigen zu Weltgeltung verhelfen. Nicht bürokratische Gleichschaltung, vielmehr gelebte Freiheit schafft und sichert Wirtschaftsblüte.

Gerhard Schwarz zeigt: Die Schweizer sind nicht besser als Menschen in anderen Ländern. Aber die Staats- und Wirtschaftsordnung der Schweiz sichert Möglichkeiten, die jedem gleichgeschalteten System überlegen sind.

us

Gerhard Schwarz: «Die Schweiz hat Zukunft – Von der positiven Kraft der Eigenart». NZZ Libro/Schwabe, Basel 2021, 162 S., brosch. (Richtpreis Fr.29.–)

Ihr Preis bei der Schweizerzeit: Fr. 26.10

Bestellschein

Schweizerzeit

Bestseller

- Dr. K. Reiss, Dr. S. Bhakdi – Corona-Fehlalarm à Fr. 19.70
 Beat Kappeler – Der Superstaat à Fr. 30.60

Aktuell

- Markus O. Häring – Sündenbock CO₂ à Fr. 26.80
 Birgit Kelle – Noch normal? – Das lässt sich ... à Fr. 26.–
 Vahrenholt, Lüning – Unerwünschte Wahrheiten à Fr. 30.50
 Daniel Regli – Corona und das verzögerte Sterben à Fr. 13.50

Hörbuch

- George Orwell – Farm der Tiere à Fr. 26.–

Buchzeichen

- Gerhard Schwarz – Die Schweiz hat Zukunft à Fr. 26.10

Bestellung an:

«Schweizerzeit»-Bücherdienst, Postfach 54, 8416 Flaach
 Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03, buechertisch@schweizerzeit.ch

Der «Schweizerzeit»-Bücherdienst kann Ihnen jedes vom Buchhandel lieferbare Buch vermitteln. Die Versandkosten für Sendungen bis Fr. 100.– betragen Fr. 8.–, Sendungen über Fr. 100.– sind versandkostenfrei.

(09/30.04.2021)

Name/Vorname _____

Strasse/Nr. _____

PLZ/Ort _____

Tel-Nr. _____

Datum _____

Unterschrift _____



Sendungen jeden Freitag 21.00–22.00 Uhr auf «Schweiz5»

Freitag, 30. April 2021

Stammtisch-Live

Das bedrängte KMU-Gewerbe wehrt sich

Der «Verband Freie KMU» (VFKMU) stellt sich vor.

Freitag, 7. Mai 2021

Magazin

Die Welt, die EU und die Schweiz

Eine weltpolitische Lagebeurteilung von Felix Zulauf, Gründer und Inhaber der Zulauf Asset Management AG, im Gespräch mit Ulrich Schlüer

Aufzeichnungen und Live-Sendungen werden wie geplant durchgeführt.

Aufgrund der aktuellen Lage ist jedoch die Anwesenheit von Zuschauern weder für Aufzeichnungen noch für Live-Sendungen erlaubt.



Die nächste «Schweizerzeit»
erscheint am

14. Mai 2021

Schweizerzeit

Impressum

Herausgeberin: «Schweizerzeit» Verlags AG,
8416 Flaach, PC-Konto 84-3870-9
IBAN: CH95 0900 0000 8400 3870 9
BIC: POFICHBEXXX

Verlagsleitung: Ulrich Schlüer

Redaktion: Postfach 54, 8416 Flaach

Telefon: 052 301 31 00

Telefax: 052 301 31 03

redaktion@schweizerzeit.ch

www.schweizerzeit.ch

Leitung: Ulrich Schlüer, Hans Fehr

Mitarbeiter: Samuel Balsiger, Karl Eckstein,
Patrick Freudiger, Thomas Fuchs, Alex Grendelmeier,
Tis Hagmann, Hermann Lei, Anian Liebrand,
Markus Melzl, Charly Pichler, Thorsten Pollelt,
Joël Thüring, Isabel Villalon

Finanzen, Organisation: Denise Betschart

Inserate: Markus Rezzonico, 079 332 61 61

Layout, Druck: Dietschi Print&Design AG,
Ziegelfeldstrasse 60, 4601 Olten,
T 062 205 75 75, info@dietschi.ch

Einzelpreis: CHF 4.–, erscheint 14-täglich

Jahresabonnement: mind. CHF/EUR 80.–

Wer gilt künftig als Terrorist?

Am 13. Juni stimmen wir über das Bundesgesetz über «Polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT)» ab. Bundesrat und Parlament verkaufen uns die Vorlage als wirksames Instrument, um islamistische Terroristen und Gefährder endlich aus dem Verkehr zu ziehen. Obwohl die bürgerlichen Parteien, darunter die SVP, ein klares Ja empfehlen, umschleicht mich ein mulmiges Gefühl.

Keine Frage: In der Schweiz agitieren gerade im radikal-islamistischen Umfeld Netzwerke, von denen Terrorgefahr ausgeht. Es ist ein Skandal, dass die Täter der letztjährigen Terroranschläge auf Schweizer Boden (in Morges VD und Lugano) den Behörden im Vorfeld bekannt waren – aber die gesetzlichen Grundlagen fehlten, um die Gefährder zu überwachen.

Es braucht dringend politische Massnahmen gegen radikale Islamisten in der Schweiz. Dschihad-Rückkehrer gehören in vorbeugende Sicherheitshaft – und wenn sie Ausländer sind, sind sie gar nicht erst wieder ins Land zu lassen. Moscheen-Finanzierung aus dem Ausland ist strikte zu reglementieren, und umstrittene Moscheen sind durch arabisch und türkisch sprechende Fachleute des Nachrichtendienstes zu überwachen. Viel häufiger und viel konsequenter sind eingewanderten Provokateuren und Integrationsverweigerern die Aufenthaltsbewilligungen zu entziehen.

Alle diese Massnahmen hätten eine grosse Wirkung und wären schnell umsetzbar. Doch fast nichts davon setzen Bundesrat und Parlament in die Tat um. Warum auch zielgerichtet vorgehen, wenn mit dem neuen PMT-Gesetz die Freiheitsrechte der ganzen Bevölkerung eingeschränkt werden können? Besonders problematisch: Dieses Gesetz definiert «terroristische Aktivität» als «Bestrebungen zur Beeinflussung oder Veränderung der staatlichen Ordnung, die (...) mit der Verbreitung von Furcht und Schrecken verwirklicht oder begünstigt werden sollen.»

Mit dieser vagen Terrorismus-Definition, die dereinst bei böser Absicht gegen SVP-Politiker, die «Schweizerzeit», das Egerkinger Komitee usw. verwendet werden kann («Furcht und Schrecken»), erhalten die Behörden einen Persilschein, um missliebige politische Aktivisten ohne Beweise unter Hausarrest zu stellen und gesellschaftlich auszugrenzen. Die Corona-Realitäten von heute sollten uns gelehrt haben, dass einst für unvorstellbar gehaltene Freiheitseinschränkungen durchaus real werden können. Es zählt nicht, welche Absichten die PMT-Befürworter äussern – es zählt nur, was im Gesetz steht. Und einem solchen Willkür-Gesetz kann ich beim besten Willen nicht zustimmen.

Anian Liebrand

**Schluss
Punkt** 